

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

57. Sitzung
6. Oktober 2025

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 18.28 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

[0260](#)
WiEnBe
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 13 sowie Einzelplan 27 Kapitel 2713
Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie
und Betriebe –**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird einbezogen:

Sammelvorlage SenWiEnBe vom 23.09.2025 [0260-1](#)
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von WiEnBe
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
hier: Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie
und Betriebe

Vorsitzender Jörg Stroedter weist darauf hin, dass in der vorliegenden Synopse sämtliche vorab eingegangenen Änderungsanträge und beschlossenen Berichtsaufträge aufgeführt seien. Im Anschluss an die Generalaussprache erfolge die Beratung anhand der Synopse, die der Öffentlichkeit auf der Webseite des Ausschusses unter der Vorgangsnummer 0260 zur Verfügung stehe. Die Berichtsaufträge aus der ersten Lesung gölten nach Aufruf als erledigt und die entsprechenden Berichte der Sammelvorlage als zur Kenntnis genommen, sofern dazu im Einzelnen kein Beratungsbedarf geltend gemacht werde.

Zum weiteren Geschäftlichen siehe Beschlussprotokoll.

Generalaussprache

Tuba Bozkurt (GRÜNE) äußert Dank für die fristgerechte Vorlage der Berichte und die Organisation der Sitzungen. – So sollte Berlin als Positivbild sein: ein starker Innovationsstandort, führend bei KI, Deep Tech, Green Tech, Forschung münde in Patente, Start-ups und neue Jobs, verlässliche Förderung, keine Stop-and-go-Programme, keine plötzlichen Mittelverschiebungen, Talente willkommen und gebunden, beste Bedingungen für internationale Fachkräfte, Gründer/-innen, Menschen mit Migrationsgeschichte, eine resiliente Industriepolitik, Masterplan Industrie unterlegt mit Geld, Schlüsseltechnologien abgesichert, Versorgungssicherheit als Standortfaktor, strategisch international vernetzt, klare Märkte, messbare Erfolge, volle Ausschöpfung von EU- und GRW-Mitteln, Vielfalt als Wirtschaftskraft, migrantische Ökonomie und diverse Gründungsteams würden nicht mit Broschüren, sondern mit Kapital gefördert, dies wäre eine Zukunftsgeschichte, die Berlin verdiene. Stattdessen finde man einen Haushalt vor, der große Worte führe und kleine brüchige Antworten liefere.

Die Senatorin habe in der ersten Lesung vier Leitlinien genannt, erstens Arbeit für ein starkes Wirtschaftswachstum. Die Senatorin feiere 1,3 Prozent BIP-Wachstum und erkläre Berlin zum Vorbild, aber die Zahl der Arbeitslosen wachse schneller als die der Erwerbstätigen. In Neukölln oder am Gesundbrunnen komme vom Wachstum nichts an. Werkzeuge der Senatorin seien BIDs, eine Taskforce USA, die sich zweimal treffe und keine messbaren Ergebnisse vorlege, ein Internationalisierungskonzept ohne Strategie, klare Märkte und ohne Wirkungsmessungen. Delegationsreisen kosteten Hunderttausende, aber auf die Frage, wie viele KMU davon profitierten, antworte die Senatorin, Zahlen lägen erst nach Verwendungsnachweisen vor. Die GRW sei das Rückgrat der Standortförderung. Die Senatorin betone, Berlin habe 100 Mio. Euro Bundesmittel erhalten, tatsächlich seien 55 Mio. Euro bewilligt. Für 2025 seien 87,5 Mio. Euro vorgesehen, 41 Mio. Euro gesperrt, und niemand wisse genau, warum. Wer geschenktes Bundesgeld liegenlasse, gefährde Arbeitsplätze und Investitionen.

Die zweite Leitlinie sei, ein klimaneutrales Berlin zu schaffen. Klimaneutralität brauche Technologie und Planbarkeit, stattdessen Kürzungen bei zentralen Transformationsprogrammen, z. B. AMBER – Additive Manufacturing, zukunftsweisend für Ressourcenschonung,

Kreislaufwirtschaft und resiliente Lieferketten, von knapp 5 Mio. Euro auf 600 000 bzw. 300 000 Euro zusammengestrichen. ProFIT solle angeblich einspringen, doch der Titel werde nicht erhöht. Dies sei schönrechnen. SenWiEnBe verspiele Berlins Chance, bei Produktionstechnologien an der Spitze zu stehen. Transformation müsse auch finanziert werden.

Die dritte Leitlinie: beste Köpfe und Hände für Berlin sichern. Berlin sollte Magnet für Talente sein, stattdessen Unsicherheit und Förderstopps. Das „Berliner Startup Stipendium“ werde gekürzt, der „Coaching BONUS“ verschwinde ganz, obwohl Gründer/-innen hier Unterstützung fänden. GründungsBONUS und Meister- und MeisterinnenBONUS würden zu unsicheren Billigkeitsleistungen, der Fonds für migrantische Gründer/-innen gestrichen bei unklarem Ersatz. Wettbewerbe und Beratungsprojekte seien ohne echte Finanzierung. Das Ergebnis sei, dass sich Gründer/-innen abwendeten und München und Heidelberg an Berlin vorbeizögen.

Die vierte Leitlinie: Berlin zum Innovationsstandort Nr. 1 in Europa machen. Die Innovationsförderung werde als Priorität verkündet und um 20 Prozent gekürzt, ProNTI eingestellt, ProValid ausgedünnt, das Innovationsfachkräfteprogramm ab 2027 gestrichen, keine aktuelle Innovationsstrategie. Bei Deep Tech gebe es viel Show und viele Hubs, aber keine verbindliche Strategie, keine klaren KPIs, keine Flächen und keine Rechtsrahmen für Reallabors. Die gefeierte UNITE-Start-up-Factory sei kein Senatsprojekt, sondern vom Bund und privaten Partnern getragen. – Die vier großen Leitlinien der Senatorin klangen gut, der Haushalt zeige aber das Gegenteil, Flickenteppich statt Strategie, Stop-and-go statt Stabilität, Kürzungen bei Gründer/-innen, migrantischer Ökonomie und Transformation statt Chancen für alle.

Die Grünen wollten Investitionen, Transformation und Innovation zusammen denken, eine nachhaltige Industriepolitik statt Einzelprojekten, Vielfalt als Wirtschaftskraft, nicht als PR-Maßnahme, klare messbare Erfolge bei GRW- und EFRE-Mitteln, damit kein Geld liegenbleibe. Die Grünen gäben sich nicht mit Wachstumsschlagzeilen zufrieden, sondern wollten breiten Wohlstand, nachhaltige Jobs und einen resilienten Standort.

Christoph Wapler (GRÜNE) fügt hinzu, der Haushaltsentwurf sei erstaunlich unambitioniert. Er wundere sich, dass die Koalitionsfraktionen keinen Änderungsantrag dazu stellten. Die Senatorin freue sich über die angeblich gute wirtschaftliche Lage Berlins. Diese Realitätsblindheit drücke sich im Haushaltsentwurf aus. Das Wachstum sei 2024 schmal gewesen. Die Zahl der Insolvenzen steige. Es gebe Probleme in vielen Branchen vom Einzelhandel bis zur Bauwirtschaft und eine Konsumzurückhaltung der Berliner/-innen, die die Wirtschaft belastete. Dies habe nichts mit Schlechtreden zu tun, sondern sei die Betrachtung der Wirklichkeit. Die Senatorin, der Senat und die schwarz-rote Koalition hätten zu dem Problem beigetragen. Anderthalb Jahre Haushaltschaos hätten den Berliner Unternehmen und ihren Beschäftigten, insbesondere Gründerinnen/Gründern und Start-ups, eine Menge abverlangt und für viel Verunsicherung gesorgt.

Dies gehe nun nahtlos weiter. Es werde ein nochmals gekürzter Einzelplanentwurf vorgelegt; mehr als 9 Prozent seien eingespart worden. Die Wirtschaft befinde sich in einer angespannten Lage, und der Haushaltsansatz sinke noch einmal um fast 100 Mio. Euro. Der Hinweis, dass es noch schlimmer hätte kommen können, reiche nicht. Wenn es so weitergehe, werde von einer aktiven Berliner Wirtschaftspolitik wenig übrig bleiben. Die Handlungsspielräume seien begrenzt, umso weniger sollte man an dem sparen, was man aktiv tun könne. Im Doppelhaushalt räume die Koalition noch einmal alle Reserven ab, mache kreative Buchführung,

die Deckungslücke werde immer größer, aber im Einzelplan 13 komme davon nichts an. Wenn es ein Wahlkampfhaushalt sei, sei die Berliner Wirtschaft nicht die Zielgruppe. Der Einzelplan 13 zähle zu den Verlierern der Haushaltsaufstellung.

Investitionen und Zuschüsse würden deutlich gesenkt, das Neustartprogramm gestrichen. Bei Förderprogrammen – Ansiedlung von neuen Unternehmen, Innovation, Digitalprämie, Transformation zur nachhaltigen Wirtschaft, WELMO und irgendwie als grün identifizierte Projekte – werde gespart, auch wenn es sich nur um kleine Beträge handele. Alle Klimaprojekte würden zusammengestrichen, obwohl der Senat mit dem zusätzlichen Geld vom Bund doch noch ein Klimasondervermögen hätte umsetzen können. Kai Wegner habe einmal bis zu 10 Mrd. Euro für Klimaschutz versprochen. Die Senatorin habe für ihren Einzelplan keine Anmeldung für das Sondervermögen zustande gebracht. Der sog. Klimapakt sei nur ein Feigenblatt, der ohnehin notwendige Investitionen als große Tat verkaufe, während gleichzeitig die energetische Sanierung zusammengestrichen und der Kontrolle des Parlaments entzogen werde. Wer so Politik mache, verabschiede sich auch von den Berliner Klimazielen. Mit diesem Haushalt werde die Senatorin ihrer Verantwortung für Berlin nicht gerecht.

Lucas Schaal (CDU) erklärt, der Einzelplan 13 zeige, wie wichtig die Berliner Wirtschaft der Koalition sei. Nachdem man 2024 bereits einen BIP-Anstieg um 0,8 Prozent verzeichnet habe, immerhin die viertgrößte Wachstumsrate aller Bundesländer, gehe man mit dem Haushaltsentwurf den nächsten richtigen und notwendigen Schritt, dieses zaghafte Wachstum zu pflegen. Die gesamtdeutsche Wirtschaftslage sei momentan sehr prekär. Deutschland sei im dritten Jahr in Folge in der Rezession. Die Inflation steige weiter. Die Energiekrise, kontinuierlich steigende Arbeitslosenzahlen und der Wegfall von Arbeitsplätzen seien Meldungen, die man verfolgen könne. Berlin müsse versuchen, sich von diesem Trend abzulösen und dagegen anzukämpfen. Die Grünen hätten Visionen mit anderen Prioritäten aufgezeigt, die Wahrheit zeige aber ein anderes Bild: Deutschland kämpfe sich nach drei Jahren grüingeführter Wirtschaftspolitik mühsam aus der „Habeck-Rezession“ heraus. Insofern könne sich jeder ein Bild von diesen Visionen machen. Die Bedrohung des europäischen Friedens durch Russland schwäche Investitionsentscheidungen auch am Standort Berlin. Diese Probleme müsse man in den kommenden Jahren bewältigen.

Die Koalition habe sich Aufgaben für die Berliner Wirtschaft zurechtgelegt und Prioritäten gesetzt. Man wolle vor allem Unternehmen fördern, bei denen der wirtschaftliche Nutzen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum der Maßstab seien. Dafür seien Rahmenbedingungen besonders wichtig. Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland, internationale Vernetzung, die Darstellung des attraktiven Wirtschaftsstandorts Berlin mit vielen jungen und kreativen Leuten seien wichtig, z. B. in Indien. Sehr gut sei die Stärkung der Nachfolgezentrale in Zusammenarbeit mit der IHK, denn 2022 bis 2026 seien deutschlandweit 772 000 und in Berlin 8 500 Familienunternehmen übernahmewürdig und -reif, die aber keine Nachfolger fänden, was konkrete Auswirkungen auf die Stadt habe. Wenn immer mehr Handwerksbetriebe, Wäschereien etc. keine Nachfolger fänden, werde man massive Probleme bekommen. Dies sei keine grüne Vision, aber ein wesentlicher und konkreter Aspekt für die Berliner Wirtschaft.

Die Koalition stärke den Einzelhandel. Seine Fraktion wünsche sich acht verkaufsoffene Sonntage, denn Sonntagsöffnungen trügen erheblich zu Umsatzsteigerungen im Einzelhandel und in der Gastronomie bei. Die Branchen hielten dies ebenfalls für sehr wichtig.

Bei der Solarförderung halte man das Niveau von 10 Mio. Euro pro Jahr. Man komme beim Solarausbau gut voran. Ende 2024 seien 41 723 Solaranlagen mit 381 Megawatt peak installiert; Ende 2022, kurz vor Übernahme durch diese Koalition, seien es noch 15 000 Anlagen gewesen. Die Förderprogramme würden mit einer neuen Förderstrategie weiterentwickelt. Balkonkraftwerke gebe es im Baumarkt. Die Koalition gehe jetzt mit der Förderung zu größeren Anlagen mit Speicher.

Das Messegeschäft als wichtiger Standortfaktor für Arbeitsplätze und Steuererlöse werde gefördert. Die Koalition gehe mit einem sehr großen Volumen an das Thema heran: 13 Mio. Euro für die regelmäßige Instandsetzung und die Erhaltung der Funktionalität der Messehallen und 25 Mio. Euro für die Umsetzung des neuen Masterplans.

Der BSR-Titel steige von 152 auf 172, 2027 auf 179 Mio. Euro für ein sauberes Stadtbild. Unternehmen hätten Probleme, v. a. Beschäftigte im mittleren Management nach Berlin zu ziehen, weil das Erscheinungsbild der Stadt abstoßend sein könne. Wenn man bei Sauberkeit und Sicherheit nicht vorankomme, werde man im Standortwettbewerb mit anderen internationalen Metropolen verlieren.

Er begrüße die angekündigte Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent für Speisen. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage sei eine Entlastung hier dringend notwendig. Dies werde Gastronomieunternehmen in Berlin stabilisieren und stärken.

Man sei für die nächsten zwei Jahre gut aufgestellt. Jetzt gehe es darum, „ins Machen zu kommen“, die Attraktivität des Standorts mit kleinen notwendigen Maßnahmen zu steigern, das zaghafte Wirtschaftswachstum mit kleinteiliger Fleißarbeit Stück für Stück zu stabilisieren und zu intensivieren, sich durch die gesamtdeutsche und -europäische Krisenzeit zu arbeiten und in Berlin weiterhin Arbeitsplätze und Wohlstand zu erhalten. Diese Aufgabe gehe die Koalition kraftvoll an. Große Visionen, mit denen man vielleicht nur 10 Prozent des Weges erreiche, wie dies die Grünen auf Landes- und Bundesebene gemacht hätten, hülften nicht weiter.

Damiano Valgolio (LINKE) stimmt zu, dass die Aufwüchse bei Messe und BSR gut seien. Dem Dank an die Verwaltung schließe er sich an. Dass die Koalitionsfraktionen keine Änderungsanträge gestellt hätten, liege nicht an Begeisterung für diesen Kürzungshaushalt, sondern daran, dass sie sich nicht hätten einigen können und diese Koalition offensichtlich parlamentarisch am Ende sei, was eine erfreuliche Nachricht sei. Senatorin Giffey und Staatssekretär Biel machten in vielen Bereichen eine gute Wirtschaftspolitik: Schutz der Kaufhausstandorte, Ansiedlung von Messeformaten in Berlin, Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge, Ablehnung der Privatisierung der Messe. Allerdings finde sich diese richtige Politik nicht so ganz in dem Haushaltsentwurf wieder. Bei der Wirtschaftsförderung werde zu viel gekürzt. Die Grünen hätten bereits die gekürzten Bereiche genannt. Die Kürzungen könnten nicht zufriedenstellen. Ein Problem sei die chaotische Haushaltspolitik mit einem Hin und Her, das bspw. Berlin Partner bei Beschäftigten mit befristeten Verträgen Schwierigkeiten bereite. PMA und Nachtragshaushalte sorgten für große Verunsicherung bei geförderten Unternehmen.

Die Wirtschaftsförderungspolitik sei weiterhin eratisch; dieses Problem hätten schon die Vorgängerregierungen gehabt, dass es schwer sei, bei den vielen Programmen, die aus unterschiedlichen Gründen einmal aufgesetzt worden seien, eine einheitliche Linie zu erkennen. Dieses Eratische sei jetzt nicht aufgeklärt, sondern eher noch verschlimmert worden.

Das Neustartprogramm werde vollständig eingestellt, obwohl es nach Corona in ein Resilienzprogramm habe umgewandelt werden sollen. Die Berliner Wirtschaft sei noch nicht resilient; auf sie kämen weiterhin große Krisen zu. Daher brauche man massive Resilienzprogramme. Zudem sei das Neustartprogramm das einzige Wirtschaftsförderungsprogramm mit Tariftreueklausel gewesen. Es sei ein Problem, dass gute Arbeit, Tariftreue usw. in der aktuellen Wirtschaftsförderung keine Rolle mehr spielten.

Seine Fraktion kritisiere, dass SenWiEnBe bei der Förderung der Transformation der Industrie massiv gekürzt habe, und beantrage hier Änderungen, denn in Industrieunternehmen gebe es auch viele gut bezahlte, tarifliche Arbeitsplätze für angelernte Mitarbeitende. Auch im Start-up-Bereich werde der Rotstift angesetzt. Im Verhältnis dazu bringe es nicht viel, etwas für eine Mode- oder Computermesse zu machen. Die Herausforderung in der Stadt sei, neue Ideen und Produkte von Start-ups und Universitäten mit der klassischen Industrie zusammenzubringen, damit in Berlin produziert und skaliert werde und hier Arbeitsplätze gehalten würden. An dieser Stelle gehe der Haushalt in die falsche Richtung.

Es sei richtig, Energieinfrastruktur zu rekommunalisieren, dafür Kredite aufzunehmen und mit Transaktionskrediten zu arbeiten, das Problem sei aber, dass dadurch die Energiewende und die anstehenden politischen Entscheidungen vollkommen auf die landeseigenen Betriebe verlagert würden, sodass man den Einfluss auf die politischen Entscheidungen verliere. Zugleich würden die landeseigenen Betriebe nicht vollständig in die Lage versetzt, die für die Energiewende nötigen Investitionen zu schultern, sodass die große Gefahr bestehe, dass die energetische Transformation und die Energiewende am Ende auf Kosten der Verbraucher stattfänden. Er verweise bspw. auf die Fernwärmepreise.

Jörg Stroedter (SPD) äußert, dass eine kleinteilige Berlin-Debatte geführt werde, als ob man hier die Welt verändern könnte, die woanders aus den Fugen sei. Drei Jahre Rezession werde man in Berlin nicht ändern. Es gebe ein hohes außen- und verteidigungspolitisches Engagement und weiterhin hohe Energiepreise mit teurem Flüssiggas. Die Konsequenz sei, dass man im Kleinteiligen versuche, dagegen anzuschwimmen, dies allerdings sehr erfolgreich. Dass Berlin als Stadtstaat an dritter Stelle beim Wirtschaftswachstum stehe, sei eine hohe Leistung und könne sich gegenüber den „Sprücheklopfern aus Bayern usw.“ sehen lassen. Die Kürzungen stellten sich nicht wie behauptet dar; vielmehr wüchsen der gesamte Haushalt und alle Einzelpläne gegenüber der Zeit vor Corona, z. B. 2019. Das Land Berlin gebe zu viel Geld aus; dass es ein Haushaltschaos durch extreme Kürzungen gäbe, bilde die Realität aber nicht ab. Durch die Budgetierung hätten die Koalitionsfraktionen nicht nachträglich eingreifen müssen. Zudem gebe es das Sondervermögen und den Klimapakt, wo allerdings noch abschließende Entscheidungen ausstünden. Insofern könne man SenWiEnBe nicht kritisieren, dass sie zu wenig im Haushalt untergebracht habe. Die Lage Berlins in Deutschland sei positiv, insgesamt werde sie weiterhin schwierig bleiben. Der Senat versuche, die Wirtschaft anzuschieben. Seine Fraktion unterstütze den Haushaltsplan ausdrücklich.

Die Mehrwertsteuersenkung sei richtig und für die Restaurants extrem wichtig. Er hoffe, dass dies zu mehr Restaurantbesuchen führen werde, denn seit Corona habe sich die Branche nicht erholt. Zudem seien viele Beschäftigte aus dem Job ausgestiegen und nicht wieder zurückgekehrt. Selbst Spitzenrestaurants verzeichneten Personalmangel. Im Übrigen sei Corona immer noch da, werde aber nicht mehr so ernst genommen.

Für die Verwirklichung des Masterplans Messe sei eine Menge Geld vorgesehen. Er sei skeptisch, ob es gelingen werde, so viel Geld auszugeben. Mit dem Konzessionsverfahren habe man aber die Chance, bis zum Sommer 2026 eine Entscheidung über den Fortgang beim ICC zu haben, denn dieses brauche man dringend. Es sei ein Gesamtversagen aller in der Politik, nicht verhindert zu haben, dass die Messe das Thema immer wieder geschoben habe.

Berlin Partner sei sehr erfolgreich; bei Neuansiedlungen habe man Riesenchancen genutzt. Herrn Dr. Franzke und seinem Team gelinge dies auch unter schwierigen Bedingungen. Bei der IBB laufe es ebenfalls gut; die Förderprogramme seien gut ausgestattet. Bei den Landesbeteiligungen sei man ebenfalls erfolgreich. Die BSR sei angesprochen worden. Die BWB hätten einen extremen Gewinn und würden nun viel investieren. Die Rekommunalisierung von Fernwärme und Strom bringe enorme Chancen, aber auch Kosten, Thema Dekarbonisierung der Fernwärme. Die Solarförderung sei ihm sehr wichtig; die Stadt habe dort die größte Chance, alternative Energien zu fördern. Das Thema Balkonkraftwerke sei angesprochen worden; deren Installation sei bei den Privaten positiv und bei den städtischen Wohnungsgesellschaften manchmal weniger positiv gelaufen. Das Förderprogramm werde nun umgestellt, damit man die Anlagen selbst fördern könne und nicht nur Nebentatbestände. Die Bauordnung sei geändert worden, um mehr Möglichkeiten zu eröffnen.

Tamara Lüdke (SPD) verweist auf schwierige Bedingungen, das Budget sei eng geschnürt, alle müssten einen gewissen Beitrag leisten, damit Berlin als Ganzes durch diese Zeit komme. Dies betreffe auch die Entwicklungszusammenarbeit. SenWiEnBe habe aber darauf geachtet, dass die nötigen Anpassungen solidarisch und mit Augenmaß vorgenommen würden. Einige Programme würden neu aufgestellt oder umgebaut, was man nicht als Stop-and-go oder Chaos bezeichnen könne; vielmehr handele es sich um Verantwortungsbewusstsein. Wenn etwas nicht die gewünschte Wirkung entfalte, müsse man dies benennen und konsequent neue Wege gehen. Neue Förderstrategien würden passgenauer wirken und die Mittel dorthin lenken, wo sie die größte Hebelwirkung entfalten und langfristig den größten Nutzen für Berlin bringen könnten. Es handele sich nicht um einen Sparhaushalt, der bei migrantischer Ökonomie oder Frauenförderung kürze, im Gegenteil, diese Bereiche würden als zentrale Schwerpunkte einer gerechten und zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik erhalten bleiben. Die Berliner Wirtschaft habe sich als erstaunlich resilient erwiesen. Der Haushalt führe dies weiter, auch wenn dies jetzt nicht mehr „Neustart“ heiße. Die Innovationsförderung wachse noch auf, 30 Mio. Euro stünden dafür insgesamt zur Verfügung, um neue Ideen, Start-ups, Kreativwirtschaft und andere Zukunftsbranchen zu unterstützen. Dies sei Ausdruck einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Politik, die den Standort stärke und Perspektiven schaffe. Die Koalition investiere in Kreativität, Solidarität und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Frank-Christian Hansel (AfD) vertritt die Ansicht, der Einzelplan 13 habe mit klassischer Wirtschaftspolitik nicht mehr viel zu tun und sei keine Grundlage für Wachstum, Innovation oder Wettbewerbsfähigkeit, sondern in weiten Teilen ein Umverteilungsinstrument für ideologisch motivierte Projekte und linke Vorfeldstrukturen geblieben. Unter dem Etikett der Wirtschaftsförderung würden unzählige Programme finanziert, deren eigentlicher Zweck nicht in der Förderung wirtschaftlicher Aktivität liege. Millionen gingen an Vereine, Netzwerke und Beratungsstellen, die über gerechte Transformation, diverse Arbeitswelten oder klimaneutrale Produktionsprozesse referierten, aber keinen messbaren Beitrag zur realen Wertschöpfung dieser Stadt leisteten. Er beziehe sich auf den Bericht Nr. 114 der Sammelvorlage. Während Betriebe und selbstständige Unternehmer Coronagelder zurückzahlen müssten,

würden Projekte wie „Klobalisierte Welt – klobal denken, lokal handeln“ des German Toilet Organization e. V., „Wessen Wasser? – eine feministisch-nachhaltige Theaterarbeit samt Schüler*innen“ des Total Plural e. V., „Feministische Lernakademie für Klimagerechtigkeit: Vernetzung Amazonas – Berlin“ des a Gente e. V. gefördert, obwohl es sich nicht um Wirtschaftspolitik handle und in diesem Haushalt nichts zu suchen habe. Dies sei politische Alimentierung einer ideologisch gefärbten Parallelstruktur und eines linken Vorfeldes.

Der zweite noch kostspieligere Irrweg sei die angebliche Dekarbonisierung der Berliner Wirtschaft. Unter der Überschrift Klimaschutz oder Transformation würden Dutzende Projekte finanziert, die nicht die Wettbewerbsfähigkeit, sondern die Energiepreise erhöhten. Programme wie SolarPLUS, SolarReadiness oder WELMO seien Subventionsketten, die sich im Kreis drehten. Solaranlagen auf Dächern, deren Strom nachts nicht fließe, Ladeinfrastruktur, die von Strom aus fossilen Quellen gespeist werde, Förderprogramme mit Millionenansätzen, obwohl der Markt längst entschieden habe, dass sich diese Technologien ohne Dauerzuschuss nicht trügen, seien Symbolpolitik. Alle Wasserstoffprojekte der Großindustrie in Deutschland würden eingestellt. Zugleich werde reale Wirtschaftsförderung gekürzt, bei der GRW durch den Bund. Berlin solle sich dafür einsetzen, dass dies künftig anders laufe, denn hier könne in Gewerbeflächen, Infrastruktur und Industrieanlagen investiert werden. Dadurch entstünden Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Dekarbonisierung und klimaneutrale Transformation der Wirtschaft bedeuteten Deindustrialisierung, denn Wirtschaft werde künftig nicht mehr nach Effizienz und Leistung beurteilt.

CO₂ sei kein Schadstoff, sondern Grundlage unseres Lebens. Eine Wirtschaftspolitik, die die CO₂-Reduzierung zum obersten Ziel erkläre, sei eine Politik gegen die Zivilisation. Diese Energiewende werde ihr Ziel nicht erreichen und vom Wähler abgestraft werden. Der Senat finanziere diese Politik, als wäre sie ein Wohlstandsprogramm und kein Wohlstandsvernichtungsprogramm. Seine Fraktion unterstütze alles, was Unternehmen und Wirtschaft weiterbringe, und begrüße die Förderung des Auslandsgeschäfts durch Berlin Partner und zusätzliche Auslandsbüros. Dr. Franzke und sein Team machten einen sehr guten Job. Die Stärkung des Messewesens sei wichtig und richtig.

Während der Senat Millionen in Symbolprojekte der sog. Transformation lenke, eröffne sich in Deutschland gerade ein zukunftsfähiges Kapitel: die Rückkehr zur Kernforschung als Fusionsforschung. Dabei gehe es um eine saubere, sichere und im Prinzip unbegrenzt verfügbare Energiequelle der Zukunft. Mit dem Aktionsplan Kernfusion habe der Bund ein Fusionsökosystem angekündigt, das Forschung, Industrie und Start-ups vernetzte, mit dem Ziel, in Deutschland bis 2040 ein Demonstrationskraftwerk zu errichten. Während in Greifswald, Garching und Biblis an dem Thema gearbeitet werde, komme Berlin bisher nicht vor, obwohl hier die Atomära mit der Kernspaltung 1938 begonnen habe. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren sei die SPD die Partei der zivilen Nutzung der Atomenergie gewesen. Die ganze Welt mache dies mittlerweile. Berlin dürfe nicht der blinde Fleck der Fusionsära werden, denn Berlin habe immer von der Verbindung von Wissenschaft, Unternehmergeist und industrieller Kreativität gelebt. Ein Berliner Zentrum für Fusions- und Hochenergieforschung am Wissenschaftsstandort Adlershof oder in Dahlem könnte diese Tradition neu beleben und zeigen, wofür eine AfD-geführte Wirtschaftspolitik stehe: technologischer Fortschritt statt Technologieverbot, z. B. das Abschalten der Kernkraftwerke, Forschung statt Ideologie, Stichwort Dekarbonisierung, Innovation statt Subvention, Thema Solar. Dies wäre ein Zukunftshaushalt für Berlin, der nicht Umverteilung organisiere, sondern Fortschritt ermögliche, der nicht von

Klimaneutralität spreche, sondern von Energieautonomie, der nicht das Ende der Industrie verwalte, sondern ihren Neubeginn vorbereite. Mit Mut, Vernunft und politischem Willen könne Berlin der Ort werden, an dem Deutschland den Sprung in das Fusionszeitalter wage. Die beste Wirtschaftspolitik, für einen selbsttragenden Wachstumspfad und eine optimale Energieversorgung der Wirtschaft zu sorgen, sei nur mit der AfD möglich.

Dr. Alexander King (fraktionslos) betont, drei Jahre Rezession in Deutschland seien nicht dem Berliner Senat, sondern falschen Weichenstellungen in der Wirtschafts-, Energie- und Außenpolitik der Ampel, insbesondere der Grünen zuzurechnen. Es handele sich nicht mehr um eine konjunkturelle, sondern um eine strukturelle Krise. Deshalb könne sich Berlin davon auch nicht ablösen. Durch Insolvenzen hätten 11 000 Arbeitnehmer in Berlin im letzten Jahr ihren Arbeitsplatz verloren, was die Senatorin mit Sonderfaktoren schönzurechnen versucht habe. Dass Berlin noch ein Wirtschaftswachstum habe, sei eine Leistung des Senats. En gros könne man über die Wirtschaftspolitik der Senatorin froh sein.

Die Kritik der Oppositionsfractionen sei teilweise an den Haaren herbeigezogen. Die AfD wolle den gekürzten Haushalt für den Wiedereinstieg in die Atomkraft noch weiter kürzen. Dies sei der einzige Vorschlag der AfD für einen wirtschaftsfreundlicheren Haushalt, was zu wenig sei. Die Visionen der Grünen fänden sich in ihren Änderungsanträgen nicht wieder. Die Linke habe die Regierung in großen Teilen gelobt und wenige Änderungsvorschläge gemacht. Die meisten Änderungsanträge bezögen sich darauf, das Geld je nach ideologischem Gusto in den Förderprogrammen hin und her zu schieben. Die Senatorin habe bei der Einbringung erklärt, dass es ihr angesichts der knapperen Mittel um strukturelle Weichenstellungen gehe, was im Haushalt nicht gut zu erkennen sei. Es seien viele kleinteilige Förderungen enthalten, bei denen nicht deutlich werde, was die Wirtschaft davon habe.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, dass die Grünen nicht das Gesamtbild, sondern einen Ausschnitt aufgezeigt hätten. SenWiEnBe habe sich angeschaut, welche Förderprogramme erfolgreich gewesen seien und fortgeführt würden und welche nicht bzw. neu ausgerichtet würden. ProFIT habe unter der grünen Wirtschaftssenatorin ein Jahresbudget von 13 Mio. Euro umfasst, nun seien es 22 Mio. Euro angesichts der großen Wirkung für Forschung, Innovation und Technologie. Die Förderung der wirtschaftsorientierten Real-labore werde mit 3 bzw. 4 Mio. Euro neu eingeführt. Unter grüner Verantwortung habe es keine Mittel für ProValid gegeben; 2026/27 stünden jeweils 3 Mio. Euro zur Verfügung. AMBER sei unter grüner Führung mit 0 Euro ausgestattet gewesen; 2026/27 seien es 600 000 bzw. 300 000 Euro. Für die „Quantum Alliance“ habe die grüne Führung 0 Euro vorgesehen; 2026/27 seien es 500 000 Euro. Auch ProNTI habe man nach vorne gestellt.

Um Fördermittel der EU und des Bundes voll auszuschöpfen, gehe SenWiEnBe mit drei großen Zuführungen zusätzlich hinein: VC-Fonds Technologie Berlin unter grüner Führung 0 Euro, 2026/27 jeweils 3,2 Mio. Euro, Impact-VC-Fonds unter grüner Führung 0 Euro, 2026/27 1,84 Mio. Euro. Um die Start-up-Factory zu ermöglichen, habe es ein starkes Commitment Berlins gegeben, u. a. VC-PreSeed-Ausgründungsfonds mit 10 Mio. Euro; 2026/27 seien 800 000 bzw. 2,4 Mio. Euro enthalten, was es unter grüner Verantwortung noch nicht gegeben habe. Unter grüner Verantwortung habe das Innovationsförderbudget bei 19 Mio. Euro gelegen, 2026/27 seien es 35 Mio. Euro. Es gebe auch Beispiele für Kürzungen, so seien 200 000 Euro beim „Coaching BONUS“ herausgenommen worden, diese habe man aber nicht willkürlich vorgenommen, sondern evaluiert, welche Programme wirksam seien; diese habe

man gestärkt und in den Wachstumsbranchen mehr getan. Das Neustartprogramm habe nach der schwierigen Coronazeit dazu gedient, einen Neustart der Wirtschaft zu ermöglichen. Die Programme, die man jetzt auflege, dienten der Resilienz, aber auch der Förderung und Entwicklung der Wirtschaft. Bei WELMO werde es 2026 ein zusätzliches Fördermodul für den Aufbau der Ladeinfrastruktur in urbanen Stadtquartieren geben. Den Einwand der AfD, dass mit den Programmen Wohlstandsvernichtung betrieben werde, teile sie nicht.

Am Klimapakt mit den Landesunternehmen habe man über ein Jahr gearbeitet. Durch Transaktionskredite würden große Investitionen ermöglicht, allein bei der BEW knapp 3 Mrd. Euro in den nächsten Jahren. Die Landesunternehmen bekannten sich zu Investitionen in die Transformation, z. B. Elektrobusse bei der BVG, Investitionen in die Stadtsauberkeit bei der BSR. Zur Verwendung des Sondervermögens fänden Koalitionsspitzenrunden statt; es werde aus jedem Haus Priorisierungen geben. Dies sei noch nicht Gegenstand des Haushaltsplans. SenWiEnBe plane keine PMA ein; die Planung sei durch die im Rahmen der Budgetzuteilung verfügbaren Mittel abgedeckt. Die Transformationsaufgabe stehe allen bevor und werde mit dem Klimapakt und dem Sondervermögen adressiert.

Die Gefahr, dass man den Einfluss auf die Energiewende verliere, wenn man den Landesunternehmen zu viele Aufgaben übertrage, sehe sie nicht, weil die Kontrolle der Landesunternehmen über die Aufsichtsräte intensiv sei. Natürlich werde dort abgestimmt, welche Transformationen für welche Transformationsprozesse eingesetzt würden. Die diskutierten Preissteigerungen bei der Fernwärme bezögen sich nicht auf die BEW, sondern auf die BTB. Aufgabe der BEW sei, einen Ausgleich zwischen Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Investitionen in die Transformation zu schaffen. Klar sei, dass man dafür sorgen müsse, dass die Berliner/-innen bezahlbare Preise für die Energiewende hätten.

Das Land Berlin habe sich zur Entwicklungszusammenarbeit in Kooperation mit der Bundesregierung verpflichtet. Indonesien und Jakarta seien formal in den Programmen der Entwicklungszusammenarbeit enthalten, aber in Sachen Smartcity und innovative Methoden zur Unterhaltung eines funktionalen Gemeinwesens könne man eine Menge lernen und zusammenarbeiten. Dies sei keine Einbahnstraße. Indien mache sich auf den Weg, Deutschland als drittstärkste Volkswirtschaft der Welt zu überholen. Deshalb sei man gut beraten, dort die Kooperation bei den Themen Fachkräfte, Investitionen und Innovationsentwicklung zu suchen. Berlin könne von der internationalen Zusammenarbeit auch profitieren.

Julian Schwarze (GRÜNE) verweist auf die vom Ausschuss beschlossenen Verfahrensregeln, die die Senatorin „mit Füßen getreten“ habe, denn ihre Stellungnahme sei bereits in der ersten Lesung erfolgt, auf die die Fraktionen nicht geantwortet hätten, weil dies nicht vorgesehen gewesen sei. Der Ausschuss habe keine zweite Stellungnahme der Senatsverwaltung beschlossen. Trotzdem habe die Senatorin noch einmal 20 Minuten gesprochen, während die Fraktionen nur jeweils zehn Minuten Redezeit gehabt hätten. Er erwarte, dass die zum Ablauf einstimmig gefassten Beschlüsse beachtet und vom Vorsitzenden durchgeführt würden.

Vorsitzender Jörg Stroedter macht geltend, dass der Senat – unabhängig von Beschlüssen des Ausschusses – nach der GO Abghs jederzeit das Recht habe, das Wort zu ergreifen. Es bleibe den Abgeordneten unbenommen, dann wieder in eine Debatte einzutreten. Wenn Kritik am Senat geäußert werde, wäre es absurd, wenn die Senatorin dazu nicht Stellung nehmen könnte, obwohl die GO dies eindeutig zulasse. Als Vorsitzender halte er sich an die GO.

Frank-Christian Hansel (AfD) unterstreicht, dass der Senat immer Rederecht habe. Gleichwohl begrüße er die Replik. Er stelle klar, dass er sich nicht gegen die internationale Zusammenarbeit ausgesprochen, sondern die Aktivitäten von Berlin Partner, Auslandsbüros, Fachkräftegewinnung, Auslandsinvestitionen in Berlin und internationale Kontakte von Berliner Unternehmen befürwortet habe. Die von ihm angeführten Beispiele zeigten, dass man brutaler gegen bestimmte Fortsetzungen von Projekten hätte vorgehen müssen, die nichts zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Berlin beitrügen.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) äußert, die Wortbeiträge hätten unterstrichen, welche Bedeutung die grüne Partei in diesem Land habe, auch wenn sie in den Koalitionen nicht die stärkste Kraft gewesen sei. Wenn sich alle auf die Grünen bezögen, machten sie offenbar etwas richtig. Es sei wichtig, weiterhin ernsthaft an den wirtschaftspolitischen Themen zu arbeiten, statt mit einem Bauchladen irgendwelcher Förderprogramme zu kommen und eine Zahl nach der anderen in den Raum zu werfen, sich darauf verlassend, dass diese so schnell nicht überprüft werden könnten. Es würden Aussagen getätigt, die nicht stimmten; bspw. werde der „Coaching BONUS“ auslaufen und nicht weitergehen. Seit 2019 sollten die Innovationsförderprogramme evaluiert werden. Als stärkste Kraft in der Koalition hätte die SPD die Gelegenheit gehabt, sich an einer Evaluation der Förderprogramme zu beteiligen und einen Flickenteppich mit einem Stop-and-go im letzten Doppelhaushalt zu vermeiden. Die Senatorin habe Vertrauen, Stabilität und Verlässlichkeit zerbrochen, führe Programme unsubstantiiert fort und glaube, damit alles abgedeckt zu haben. Eine funktionierende Gesamtstrategie habe die Senatorin nicht aufgezeigt, die versprochene Innovationsstrategie liege nicht vor.

Jörg Stroedter (SPD) hält entgegen, dass die Grünen nun selbst zur Sache sprächen, nachdem sie zuvor auf der Einhaltung der Verfahrensregeln bestanden hätten. Für den Senat gelte das Rederecht nach der GO. Dass sich angeblich alle mit den Grünen beschäftigten, könne er für seinen Beitrag nicht bestätigen. Dass sich mancher mit dem einen oder anderen Punkt der Grünen befasse, hänge damit zusammen, dass sie die Debatte hier anders führten als die anderen Fraktionen. Jeder äußere sich kritisch und auch positiv, die Grünen kritisierten „praktisch komplett“. Deshalb kämen sie in den Mittelpunkt der Debatte. Keine Fraktion habe so viele Berichtsaufträge ausgelöst wie die Grünen, insofern sei es absurd, eine Verlängerung der Redezeit durch die Senatorin zu kritisieren. Seine Fraktion sei an einer konstruktiven Debatte interessiert. Die Entscheidung der Koalitionsfraktionen, keine Änderungsanträge einzubringen, sei akzeptabel; es sei in erster Linie Rolle der Opposition, Änderungsanträge zu stellen.

Christoph Wapler (GRÜNE) erwidert, es sei „ein Schmarrn“, der Opposition vorzuwerfen, dass sie die Regierung kritisiere. Wenn die Koalition nicht in der Lage sei, sich auf Änderungsanträge zu einigen, könne daraus kein Vorwurf entstehen, dass seine Fraktion Berichts- und Änderungsanträge stelle, denn dies sei ihr Job. Dass die Senatorin mit einem „vorbereiteten Wisch“ komme, auf dem stehe, was die Grünen vor neun Jahren gemacht oder nicht gemacht hätten, sei geradezu hilflos. Es gehe hier um den Haushalt 2026/27. Insoweit seien die Worte der Senatorin „absolut überflüssig und verfehlt“ gewesen, es sei denn, sie wolle der Debatte über ihren Haushalt, der nicht akzeptabel sei, ausweichen. Er plädiere dafür, jetzt endlich in die Beratungen einzusteigen.

Aus der Synopse werden behandelt:

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe – Kapitelübergreifend

ICC

Bericht Nr. 3 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Christoph Wapler (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Stand des Konzeptionsverfahrens für das ICC. Auffällig sei die Provision der BIM für den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrags. Sei diese üblich? In welchen Dimensionen bewegten sich solche Provisionen ansonsten?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erläutert, es gehe um das Grundstück des ICC und das Grundstück Messedamm 9. Eine genaue Kaufpreisfeststellung werde es erst 2026 geben. Deswegen sei für die Haushaltsanmeldung eine Berechnung der Provision mit 6 Prozent vom ermittelten Verkehrswert getätigt worden. Die Wettbewerbsbeiträge seien eingegangen. Die Jury habe zweimal getagt. Das Verfahren werde wie vorgesehen durchgeführt. Sie erwarte eine Entscheidung Mitte 2026.

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt, ob die BIM zusätzlich zu ihrer Aufgabenwahrnehmung noch eine Provision erhalte. Die Frage, ob es ansonsten Ähnliches gebe, sei nicht beantwortet.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) antwortet, 6 Prozent seien marktüblich. Die BIM vollziehe das Konzeptverfahren im Auftrag der SenWiEnBe. Wenn die BIM für andere tätig werde, werde dies wie im Land Berlin üblich bezahlt. Unüblich sei ein so riesiges Konzeptverfahren.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 3 damit erledigt sei.

Tourismus

Bericht Nr. 6 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julian Schwarze (GRÜNE) bittet um Auskunft, wie viele Stellen künftig für die bezirkliche Tourismusförderung zur Verfügung stünden und wie es angesichts der Kürzungen und der Bedeutung mit „Sustainable Berlin“ weitergehe. Seine Fraktion bedauere, dass es den Fonds Nachhaltiger Tourismus nicht mehr gebe.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erläutert, für die bezirkliche Tourismusförderung stünden Mittel für Projekte zur Verfügung, aber keine Mittel für Stellen. Die Berlin Tourismus & Kongress GmbH erhalte eine umfangreiche Finanzausstattung und habe das Thema des nachhaltigen Tourismus im Portfolio. Berlin sei beim nachhaltigen Tourismus weltweit auf Platz 6. Angesichts der Konsolidierungsnotwendigkeiten habe man auf ein zusätzliches Sonderprogramm für den nachhaltigen Tourismus verzichtet.

Julian Schwarze (GRÜNE) stellt die Nachfragen, inwieweit das Bezirksteam angesichts der Stellenkürzungen im Wirtschaftsplan erhalten bleibe und wo sich die weiteren Aufgaben aus dem Zentrengipfel widerspiegeln.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, das Team, das sich mit nachhaltigem Tourismus bei der Berlin Tourismus & Kongress GmbH befasse, bleibe erhalten und werde weiterhin aus „unserem Budget“ finanziert.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 6 damit erledigt sei.

Gewerbeschutz

Bericht Nr. 10 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christoph Wapler (GRÜNE) greift auf, dass die Errichtung landeseigener Gewerbehöfe nicht vorankomme. Wo lägen die Probleme? Wie könne dieser Prozess beschleunigt werden?

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt, welche beiden Bezirke noch keine Wirtschaftsflächenkonzepte begonnen hätten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die große Flächenkonkurrenz in Berlin und das Begehren, Gewerbeflächen in Wohnungsbauflächen umzuwandeln. Eine Schwerpunktaufgabe der SenWiEnBe sei, Gewerbeflächen zu verteidigen, zu schützen, zu bewahren, zu erweitern und zu entwickeln. Der StEP Wirtschaft sehe eine entsprechende Planung vor. Der zweite wesentliche Aspekt seien die bezirklichen Wirtschaftsflächenkonzepte, die aufeinander abgestimmt würden. In Spandau und Steglitz-Zehlendorf lägen noch keine Wirtschaftsflächenkonzepte vor. Trotzdem hätten die Bezirke einen Plan für ihre Flächen. SenWiEnBe habe großes Interesse an einer einheitlichen Gestaltung in Berlin.

Julian Schwarze (GRÜNE) führt an, dass SenStadt Verfahren an sich ziehe und Entwicklungen durchsetze, die diesen Konzepten widersprächen. Inwieweit sei SenWiEnBe eingebunden? Der Senat plane ein Kleingartenflächensicherungsgesetz, das dazu führen würde, dass Gebiete wie Späthsfelde aus dem StEP Wirtschaft und StEP Wohnen herausfielen. Was bedeute dies für dieses Thema? SenWiEnBe plädiere für die Vergabe landeseigener Gewerbeflächen im Wege des Erbbaurechts. In letzter Zeit seien vorbereitete Verträge für Erbbaurechte im Hauptausschuss gescheitert. Wie könnten Verfahren angepasst werden, um mehr Planungssicherheit für Unternehmen zu erreichen? Seien Gespräche mit der IBB geführt worden?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) macht geltend, dass der StEP Wirtschaft und der StEP Wohnen gemeinsam erarbeitet und abgestimmt worden seien. Trotzdem gebe es Flächenkonkurrenzen. Die Senatskommission Wohnungsbau lote Kompromisse aus. SenWiEnBe werde eingebunden, gebe Stellungnahmen ab und bringe ihre fachliche Sicht in die Senatskommission ein. Das Gleiche gelte für das Kleingartenflächensicherungsgesetz, das ein wichtiges Vorhaben der Koalition sei. Unterschiedliche Interessen müssen ausbalanciert werden. SenWiEnBe sei dafür, dass Unternehmen auf landeseigenen Flächen Erbbaurecht erteilt werde, und wünsche sich, dass dies vom Parlament mitgetragen werde. Wenn das Parlament anders entscheide, habe SenWiEnBe dies zu respektieren.

Christoph Wapler (GRÜNE) erkundigt sich nach den Gewerbehofstrukturen für kleines produzierendes Gewerbe und Handwerksbetriebe. SenWiEnBe prüfe die Bereitstellung landeseigener Grundstücke für Gewerbemietflächen. Welche Maßnahmen würden konkret geplant?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, dass SenWiEnBe dafür sei, kommunale Gewerbehofstrukturen auch auf landeseigenen Grundstücken zu etablieren. In Lichtenberg werde gerade einer entwickelt. Man spreche über den Soldiner Kiez in Mitte und den cleantech Park Marzahn. Auch in Schöneberg könnte sich etwas entwickeln. SenWiEnBe sehe einen Andockpunkt, ggf. aus dem Sondervermögen mehr zu tun. Dies werde Gegenstand weiterer Gespräche sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 10 damit erledigt sei.

Frauen

Bericht Nr. 12 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tuba Bozkurt (GRÜNE) fragt, ob vor der Streichung oder dem Auslaufen von Förderprogrammen ein Gender-Impact stattgefunden habe und geprüft worden sei, ob Programme der Frauenförderung dienlich gewesen seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, eine Reihe frauenspezifischer Förderprogramme werde weitergeführt: Gründerinnenförderung, Round Table für Gründungen, Unternehmerinnen-Akademie, Unternehmerinnenpreis, GründerinnenBONUS. Der „Coaching BONUS“ mit 200 000 Euro sei aus dem Jahresbudget 2026/27 herausgenommen, weil der Effekt nicht so groß sei und andere Programme mehr Wirkung erzielten. Der Gender-Budgeting-Bericht werde im Rahmen der Umsetzung des ESF-Programms vorgelegt. Außerhalb der Gender-Budgets würden keine weiteren Erhebungen vorgenommen.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) stellt die Nachfrage, ob der Gender-Impact beim Streichen eines Förderprogramms betrachtet werde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, dass SenWiEnBe die Wirkung für Frauen betrachte, aber nicht für jedes Programm einen Gender-Impact erhebe. Ein Gender-Impact sei nicht zielführend für die Frage, ob man ein Programm beende.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 12 damit erledigt sei.

Soziale und solidarische Ökonomie

Bericht Nr. 14 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tuba Bozkurt (GRÜNE) erkundigt sich, wie Doppelstrukturen bzw. Förderlücken zwischen Social Economy und ProNTI bzw. ProValid verhindert würden. Gebe es eine Überprüfungsmaßnahme, oder glaube man, dass dies nebeneinander laufen könne?

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe) erklärt, dass es hier keinen Widerspruch gebe. Teil der Social-Economy-Politik sei, dass die Unternehmen der Social Economy Zugang zu den allgemeinen Förderprogrammen fänden. Die Schnittstellen seien gewollt.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 14 damit erledigt sei.

Clubs

Bericht Nr. 16 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt, welche GRW-Mittel für Clubs zur Verfügung stünden und ob diese von Clubs in Anspruch genommen worden seien bzw. ob es einen Austausch mit der Clublandschaft gebe, dass ihnen GRW-Mittel zur Verfügung stünden.

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe) antwortet, die Anforderungen der GRW seien relativ hoch. Clubs könnten sich auf Förderstrukturen bewerben, die passten, z. B. Netzwerkförderung, und wüssten dies.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 16 damit erledigt sei.

Förderprogramme

Bericht Nr. 17 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet um Auskunft, wie verankert die Grundsätze der guten Arbeit bei der IBB-Förderung seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, dass die Standards der guten Arbeit für alle Themen öffentlicher Förderung der IBB gälten. Es gelte natürlich der Landesmindestlohn. Das Leitprinzip der guten Arbeit sei Gegenstand jedes Förderprogramms und in den Förderleitlinien der IBB verankert.

Christoph Wapler (GRÜNE) verweist darauf, dass debattiert werde, Kriterien wie Tarifbindung, Verbot von Leiharbeit usw. für eine Förderung verbindlich zu machen. Die IBB tauche im Bericht nicht auf. Man könne sich noch an anderer Stelle darüber unterhalten, inwiefern die Förderrichtlinien diesen Grundsätzen entsprächen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 17 damit erledigt sei.

Klimapakt

Bericht Nr. 29 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) äußert, seine Fraktion könne das Loblied der Senatorin auf den Klimapakt nicht teilen. Die Stadtwerke sollten mit 18 Mio. Euro und die BEHALA mit etwa 5,5 Mio. Euro bedacht werden. Der Klimapakt sei als Ersatz für das gescheiterte Klimasondervermögen mit bis zu 10 Mrd. Euro gedacht gewesen und bleibe weit hinter diesen Erwartungen zurück. Gefördert würden auch Holzheizkraftwerke, die nicht wirklich Klimaschutz seien. Der Senatsbeschluss sei im September offensichtlich ausgeblieben. Habe es ihn gegeben, oder sei er weiterhin geplant? Was genau solle finanziert werden? Wie könne SenWiEnBe sicherstellen, dass es sich um eine Zusätzlichkeit bei den Investitionen handele?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, dass noch Abstimmungen mit den Koalitionsfraktionen liefen. Die Zuführungen an Stadtwerke und BEHALA seien bei Weitem nicht der Klimapakt, sondern ausgewählte Maßnahmen, die bereits verabredet seien. Der Senatsbeschluss werde zeitnah – Ende Oktober/Anfang November – kommen. Es gehe um konkrete Verpflichtungen für den Klimaschutz bei allen Landesunternehmen. Die Verarbeitung von Holz und Biomasse brauche man im Moment noch zur Versorgungssicherheit, wenn man den Kohleausstieg 2030 bewerkstelligen wolle.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) erwidert, dass fast 1 Mrd. Euro in eine Übergangstechnologie wie Holzverbrennung gesteckt würden, statt gleich klimafreundlich zu sein. Von dieser Koalition höre er nur Ankündigungen, erst zum Klimasondervermögen, jetzt zum Klimapakt. Der Ausschuss solle die Zuführungen heute durchwinken, ohne dass klar sei, was damit passiere. Es gebe nur das Wort der Senatorin, dass hinten etwas Gutes herauskomme.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die Überführung der Fernwärme in Landeshand. Bei der BEW gehe es um die Transformation in einem dreistelligen Millionenbetrag, bspw. um Baumaßnahmen an den Standorten Reuter-West und Charlottenburg. Dies sei keine Ankündigungspolitik. Die Stromnetz Berlin GmbH investiere in diesem Jahr über 490 Mio. Euro in den Stromnetzausbau, damit man Power-to-Heat-Anlagen usw. machen könne. Elektrobusse der BVG seien ebenfalls ein Beitrag zur klimaneutralen Stadt. Sie verweise auf den Ausbau der Ladeinfrastruktur und der Solaranlagen und die Abwasserwärmetauscher in „Siemensstadt Square“ und beim Haus der Statistik. Nach Abstimmung mit den Koalitionsfraktionen werde ein Senatsbeschluss gefasst werden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) konstatiert, dass die Senatorin nichts zu den Stadtwerken und der BEHALA ausgeführt habe, nach denen er gefragt habe. Er nehme zur Kenntnis, dass viel Positives passiere. Die Zunahme beim Solarausbau lasse sich auf den Masterplan Solarcity unter der grünen Wirtschaftssenatorin Pop und das mit SPD und Linken auf den Weg gebrachte Solargesetz zurückführen. Er kritisiere, dass unter dem Deckmantel Klimapakt nichts passiere. Was machten die Stadtwerke mit den 18 und die BEHALA mit den 5,5 Mio. Euro?

Sebastian Scheel (LINKE) führt an, dass die Oppositionsfraktionen von den Kommunikationsdrähten bei der Umsetzung der Themen abgeschnitten seien. Es sei misslich, dass der Haushalt beschlossen werden solle, bevor man die Planungen zur kommunalen Wärmewende und die Überarbeitung der Dekarbonisierungspläne kenne. Der Kauf der Fernwärme sei noch nicht die historische Leistung, sondern der Beginn der Aufgabe der Dekarbonisierung im Dreiklang von Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Preisstabilität. Dass an dem Thema gearbeitet werde, spreche der Senatorin niemand ab, auch wenn man bei einigen Themen vielleicht unterschiedliche Auffassungen zur Transparenz der Erfolge habe. Man brauche noch ein Verfahren, wohin die Reise gehe und wofür das Geld ausgegeben werden solle.

Jörg Stroedter (SPD) macht geltend, dass es heute um Stadtwerke und BEHALA gehe und die generelle Debatte über den Klimapakt noch geführt werde. Dass sich die Koalitionsfraktionen mit Vorschlägen des Senats befassen, sei ein normaler Vorgang und positiv, wenn dies passiere, bevor Entscheidungen herbeigeführt würden. Dies sei auch in der Koalition mit Grünen und Linken der Fall gewesen. Klar sei, dass nach den Rekommunalisierungen Konsequenzen in Bezug auf Dekarbonisierung und Investitionen zu ziehen seien.

Frank-Christian Hansel (AfD) wendet ein, dass man für die Dekarbonisierung allein in Berlin jährlich 5 bis 10 Mrd. Euro brauche, die es dafür nie geben werde. Insofern sei es gut, dass dieser Senat durch die Beteiligung der CDU mehr Realismus hineingebracht habe, denn die Stadt sei nicht de jure, aber de facto pleite. Was sich die Grünen vorgenommen hätten, sei nicht umsetzbar. Seine Fraktion kritisiere den Senat, weil er zu viel mache. Fossile Energieträger durch Wasserstoff zu ersetzen, werde nicht funktionieren. Öl werde lt. Energieagentur bis in die 2050er-Jahre gebraucht werden. Man brauche auch Kernenergie.

Tamara Lüdke (SPD) erwidert, dass dies „Quatsch“ sei. Sie könne nachvollziehen, dass die verschiedenen Zeitachsen für die Opposition misslich seien, begrüße aber, dass der Senat die Koalitionsfraktionen einbezogen habe. Die Haushaltsberatungen seien mit dem heutigen Tage noch nicht vorbei.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, zu den Eigenkapitalzuwendungen an BEHALA und Stadtwerke dürfe sie hier im Detail nichts sagen, weil es sich um vertrauliche Informationen handle. Es werde dazu eine vertrauliche Unterlage für den Hauptausschuss geben.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 29 damit erledigt sei.

Clubkulturförderung

Bericht Nr. 42 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt auf entsprechende Nachfrage von **Julian Schwarze** (GRÜNE) mit, dass die neue Studie zur Lage der Clubkultur Ende 2025/Anfang 2026 veröffentlicht werde.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 42 damit erledigt sei.

Strategie zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Bericht Nr. 50 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julian Schwarze (GRÜNE) spricht an, dass lt. Bericht die Netto-Null-Neuversiegelung oder die Klimaneutralität bis 2045 erreicht werden solle. Worauf beziehe sich dies konkret?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, für beides gelte grundsätzlich: spätestens bis 2045.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 50 damit erledigt sei.

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Ansatz 2026:	2 779 000 Euro
Ansatz 2027:	2 862 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion

2026:	-405 000 Euro
2027:	-488 000 Euro

„a) Begründung: Rücknahme des Stellenaufwuchses und Beibehaltung des bisherigen Stellenplans in Orientierung am Planansatz 2023, den besetzten Stellen sowie dem Mittelabfluss (Ist).“

Frank-Christian Hansel (AfD) erklärt, seine Fraktion wolle keinen weiteren Aufwuchs in der Verwaltung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Kapitel 1309 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Personalüberhang –

Kein Änderungsantrag.

**Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe –
Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –**

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Ansatz **2026:** 270 000 Euro
Ansatz **2027:** 250 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +1 000 000 Euro
2027: +1 000 000 Euro

„a) Begründung: Erwartete Mehreinnahmen aufgrund der Ausschöpfungsquote der letzten Jahre“

Christoph Wapler (GRÜNE) führt an, ausgehend vom Ist 2024 mit über 3,4 Mio. Euro erwarte seine Fraktion Mehreinnahmen aufgrund der Ausschöpfungsquote der letzten Jahre, auch wenn sich die Anzahl der Zuwendungsprojekte – jedoch nicht in dem Maße – verringere.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 52610 – Gutachten –

Ansatz **2026:** -
Ansatz **2027:** -

Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion

2026: +/-0
2027: +50 000 Euro

„a) Begründung: Erstellung eines Gutachtens zu den wirtschaftlichen Auswirkungen, Chancen und Risiken der Künstlichen Intelligenz im Land Berlin sowie regulatorischen Handlungsempfehlungen für die Landesebene in Ergänzung des Europarechts (Berliner KI-Bericht).“

Frank-Christian Hansel (AfD) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung. Seine Fraktion erwarte in Bezug auf KI mehr.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

**Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit –**

Ansatz **2026:** 442 000 Euro
Ansatz **2027:** 442 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion

2026: -200 000 Euro
2027: +/-0

„a) Begründung: Zu TA Nr. 8, „Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht“: Der Bericht soll laut Senatsverwaltung alle zwei Jahre erscheinen. Der Ansatz entfällt daher für das Jahr 2026 aus Gründen der Haushaltskonsolidierung.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz **2026:** 12 704 000 Euro
Ansatz **2027:** 11 744 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: -3 654 000 Euro
2027: -3 424 000 Euro

„a) Begründung: Gegenfinanzierung

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung: Änderung der Tabelle

Nr. 16

2026: -1.130.000 €
2027: -1.130.000 €

Nr. 19

2026: -1.524.000 €
2027: -1.494.000 €

Nr. 23

2026: - 1.000.000 €
2027: - 800.000 €“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke

2026: -840 000 Euro

2027: -940 000 Euro

„a) Begründung: Gegenfinanzierung für Aufwuchs an anderer Stelle zugunsten der Dienstleistungen und Zuschüsse im Rahmen des Masterplan Industrie): Dafür Begrenzung des Aufwuchses für die Berlin Fashion Week (- 319.000 2026 und – 690.000 2027) und für die UNESCO City of Design, bei die ausgabenneutrale Verschiebung aus dem Titel 68317 aber erhalten bleibt (-450.000 2026 und - 250.000 2027): Es braucht keinen Festakt zum 20-jährigen Jubiläum um Berlin als bedeutende Metropole der Designwirtschaft zu positionieren.

b) Änderung der Mittelaufteilung in der Tabelle Programm / Maßnahme

Nr. 19. Berlin Fashion Week:

c) **3.134.000**

d) **2.804.000**

Nr. 23 UNESCO City of Design

c) **750.000**

d) **550.000“**

Damiano Valgolio (LINKE) erklärt, es gehe hier um Gegenfinanzierung zugunsten der Transformation der Industrie und der Verbindung von Industrie, Start-ups und neuen Produktionsideen. Der Aufwuchs bei der Fashion Week solle begrenzt werden. Der Festakt zum 20-jährigen Jubiläum Berlins als bedeutender Metropole der Designwirtschaft sei verzichtbar.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion

2026: -2 685 000 Euro

2027: -2 143 000 Euro

„a) Begründung: TA Nr. 2. Flankierung der migrantischen Ökonomie

2026: -320.000

2027: -420.000

Zu TA Nr. 2: Die Lotsenstelle für migrantische Gründer sowie der Wettbewerb „Vielfalt unternimmt“ entfällt. Die Wirtschaftsförderung soll zukünftig unabhängig von der ethnischen Herkunft ausgerichtet werden.

TA Nr. 9. Stärken der Kreativwirtschaft, Ausbau der Förderstrukturen

2026: -1.720.000

2027: -1.320.000

Zu TA Nr. 9: Die vorhandenen Instrumente erfassen auch die Kreativwirtschaft. Eine gesonderte Förderstruktur für die Kreativwirtschaft ist nicht erforderlich und in ihrem Ansatz angesichts der angespannten Haushaltslage überdimensioniert. Die Schaffung einer immer weiter vom Staat abhängigen und politisch beeinflussten Wirtschaft ist nicht zielführend.

TA Nr. 15. Verwaltungskostenpauschale zur Durchführung von Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

2026: -395.000

2027: -403.000

Zu TA Nr. 15: Das Land Berlin ist nicht für Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Die Entwicklungszusammenarbeit ist Aufgabe des Bundes und eine Bundesaufgabe.

TA Nr. 26. Dienstleistungen im Zusammenhang der Transformation zur nachhaltigen Wirtschaft

2026: -250.000

2027: +/- 0

Zu TA Nr. 26: Die Mittel für eine One-Stop-Agency für Nachhaltiges Wirtschaften entfallen.

c) Sperrvermerk: Die Ausgaben bei TA Nr. 16, „Einrichtung von Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland“, sind gesperrt.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 68123 – Ehrungen, Preise –

Ansatz **2026:** 30 000 Euro

Ansatz **2027:** 100 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion

2026: -30 000 Euro

2027: -75 000 Euro

„a) Begründung: Die Wirtschaftsförderung soll zukünftig unabhängig von Geschlecht und ethnischer Herkunft ausgerichtet werden. Bisherige gruppenbezogene Ehrungen und Preise wie „Berliner Unternehmerinnen des Jahres“, „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen“ und „Würdigung der Gruppierungen der Sozialen Ökonomien“ entfallen zugunsten eines neuen Preises für unternehmerische Innovation.“

Frank-Christian Hansel (AfD) plädiert für einen neuen Preis, der die Wirtschaft weiterbringe. Die identitätspolitischen Preise würde seine Fraktion kürzen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 68244 – Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH

–

Ansatz **2026:** 15 736 000 Euro
Ansatz **2027:** 15 829 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: -296 000 Euro
2027: -526 000 Euro

„a) Begründung: Gegenfinanzierung“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Ansatz **2026:** 13 228 000 Euro
Ansatz **2027:** 13 235 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +1 400 000 Euro
2027: +1 400 000 Euro

„a) Begründung:

Nr. 1

Mehr Unterstützung für die Transformation hin zur Nachhaltigen Wirtschaft

Nr. 3

Hoher Bedarf an Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte

Nr. 11

Billigkeitsleistungen gelten als Ermessensleistungen und es ist nicht geklärt, ob Bewilligungskriterien und Fördervolumina zu festen Antragsrunden bestehen bleiben.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung
Änderung der Tabelle

Nr. 1

2026: +500.000 €
2027: +500.000 €

Nr. 3

2026: +900.000 €

2027: +900.000 €

Nr. 11

Die Bezeichnung des Teilansatzes wird wie folgt gefasst: GründerinnenBONUS

Die Erläuterung wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke

2026: +/-0

2027: +/-0

„a) Begründung

Zu 1. Die Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte im Rahmen eines Fonds sollte zumindest zu einem Teil fortgeführt werden

Zu 3. Bei der Unterstützung für die Transformation hin zur Nachhaltigen Wirtschaft sollte nicht gekürzt werden, da sie von herausragender Bedeutung für die Zukunft des Wirtschaftsstandort ist.

Zu 5. Die Fragen aus Berichtsauftrag 101 zu Nr. 5 Visual Effects Förderung. wurden in der Sache nicht beantwortet, so dass hier der unveränderter Mittelbedarf nicht nachvollzogen werden konnte.

b) Änderung der Mittelaufteilung in der Tabelle Programm / Maßnahme

Nr. 1:

c) **750.000**

d) **750.000**

Nr. 3:

c) **500.000**

d) **500.000**

Nr. 5:

c) **3.250.000;**

d) **3.250.000“**

Damiano Valgolio (LINKE) wendet sich gegen Kürzungen bei der Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte und bei der Förderung von Transformation.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion

2026: -2 235 000 Euro

2027: -2 094 000 Euro

„a) Begründung: Die derzeitige Wirtschaftsförderung setzt die falschen Schwerpunkte. Die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft (TA Nr. 1) ist über zahlreiche Maßnahmen und Förderprogramme, nicht zuletzt des Bundes, abgedeckt.

Die Gründerinnen-Förderung (TA Nr. 2) zielt ab auf eine gruppenbezogene Wirtschaftsförderung nach den Kriterien des Geschlechts. Dieser Politikansatz ist nicht am Gemeinwohl oder der Wirtschaft orientiert, sondern basiert auf überholten gruppenbezogenen Vorstellungen. Stattdessen soll die Wirtschaftsförderung zukünftig unabhängig vom Geschlecht ausgerichtet werden. Der Teilansatz wird daher umbenannt in den neuen TA Nr. 2, „Förderung von Gründungen im Rahmen eines Fonds – Chancenfonds“.

TA Nr. 1 Unterstützung für die Transformation hin zur nachhaltigen Wirtschaft

2026: -500.000

2027: -500.000

TA Nr. 2 Gründerinnen-Förderung - Chancenfonds

2026: -3.500.000

2027: -3.500.000

TA Nr. 2 (neu) Förderung von Gründungen im Rahmen eines Fonds - Chancenfonds

2026: +2.500.000

2027: +2.500.000

TA Nr. 6 Landesmittel für das Programm „Transfer Bonus Design“ für die Förderung von Sozialunternehmen sowie Unternehmen außerhalb des GRW-Fördergebietes

2026: -210.000

2027: -210.000

TA Nr. 7 „Transfer Bonus Gamification & VR“ Landesmittel für Unternehmen der solidarischen und genossenschaftlichen Ökonomie und Unternehmen außerhalb des GRW-Fördergebietes

2026: -525.000

2027: -384.000“

Frank-Christian Hansel (AfD) führt aus, es gebe genügend Programme für die Transformation zur nachhaltigen Wirtschaft, auch vom Bund. Die identitätspolitische Gründerinnenförderung wolle seine Fraktion nicht. Vielmehr solle ein Chancenfonds eingerichtet werden, der für alle gelte und wo sich die Besten durchsetzten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing –

Ansatz 2026:	21 850 000 Euro
Ansatz 2027:	22 164 000 Euro

Bericht Nr. 105 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julian Schwarze (GRÜNE) legt dar, die Summen im Titel und im Wirtschaftsplan wichen voneinander ab, sodass sich die Frage stelle, inwieweit es sich um eine Kürzung handele. Auch Lt. Bericht sei der Personalaufwand nahezu unverändert zum Wirtschaftsplan 2025, womit aber nicht Personalstellen gemeint seien, denn diese seien weniger. Lt. Bericht gebe es keine nennenswerten Auswirkungen auf die Tourismusarbeit, was angesichts der Kürzungen und des Personalabbaus im Wirtschaftsplan nicht nachvollziehbar sei; es sei von Priorisierungen die Rede. Der Tourismusbereich sei für Berlin sehr wichtig. Angesichts sinkender Tourismuszahlen stelle sich die Frage nach den Auswirkungen der Kürzungen und Priorisierungen auf die Tourismusarbeit.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bestätigt, dass die letzten Haushaltsentscheidungen zu Kürzungen geführt hätten, weil die Notwendigkeit von Mitteleinsparungen bestanden habe. Man könne dies am Personalkegel sehen. Ein Stück weit habe dies durch nicht mehr vorhandene Neustartprojekte abgefangen werden können; befristete Stellen hätten die Berlin Tourismus & Kongress GmbH unterstützt. Neben der institutionellen Förderung vom Land Berlin müsse sie 920 000 Euro für die Bezirksteams hinzuziehen. In den letzten Jahren habe die Berlin Tourismus & Kongress GmbH Sonderaufgaben für das Land Berlin übernommen, wo zusätzlich Mittel geflossen seien, die nicht zum Grundstock gehörten. Die Berlin Tourismus & Kongress GmbH habe als öffentlich-private Konstruktion den Auftrag, auch private Mittel einzusammeln, und könne – nach intensiver Abstimmung – weiterhin wichtige Arbeit leisten, um den Tourismus anzutreiben.

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt, ob es auch Abstimmungen gegeben habe, welche Bereiche heruntergefahren würden.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) antwortet, die Berlin Tourismus & Kongress GmbH solle das Thema Stadtverträglichkeit und die Unterstützung einzelner Branchen im Rahmen der institutionellen Förderung mit den bestehenden Mitteln fortführen.

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe) verweist darauf, dass die Nachhaltigkeit ein übergreifendes Kriterium im Tourismuskonzept 2018+ sei. Die Mittel aus der institutionellen Förderung müssten dementsprechend eingesetzt werden.

Julian Schwarze (GRÜNE) begrüßt dies. Lt. Bericht solle der Sperrvermerk für eine bessere Planbarkeit sorgen, was nicht nachvollziehbar sei.

Olav Faudel (SenWiEnBe) erläutert, es gebe zwei VE; damit diese nicht doppelt eingegangen würden, werde das zweite Planjahr gesperrt.

Julian Schwarze (GRÜNE) wendet ein, dass es Sperrvermerke für das erste und das zweite Planjahr gebe. Die bessere Planbarkeit erschließe sich nicht.

Olav Faudel (SenWiEnBe) antwortet, SenFin habe die Sperrung von VE ab einer bestimmten Größenordnung pauschal verfügt und Sperrvermerke angebracht.

Julian Schwarze (GRÜNE) greift auf, dass der Kongressfonds für Nachhaltiges Tagen einen Sitz, eine Betriebsstätte oder eine Niederlassung in der Bundesrepublik Deutschland voraussetze, obwohl man auch Kongresse aus dem Ausland nach Berlin holen wolle, sodass sich die Frage nach dem Grund dieser Einschränkung stelle.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) macht geltend, dass es sich um eine operative Bedingung handele, damit hier alle formalen und rechtlichen Dinge nach deutschem Recht abgewickelt werden könnten. Auch die GITEX habe eine GmbH vor Ort gegründet. Natürlich wolle man internationale Veranstaltungen akquirieren.

Julian Schwarze (GRÜNE) erkundigt sich, welche Auswirkungen für die Tourismuswirtschaft dadurch zu erwarten seien, dass das Zertifizierungs- und Managementsystem „Sustainable Berlin“ durch das Auslaufen des Neustartprogramms nicht mehr in gleichem Umfang fortgeführt werden könne. Zum Thema Stärkung des Berliner Einzelhandels interessiere ihn, wann ein Pilotprojekt für ein Zwischennutzungsbüro umgesetzt werden solle.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, dass die Unternehmen aus der Tourismus- und MICE-Branche ab 2026 die Zertifizierung selbst tragen müssten, so wie dies bei vielen anderen Zertifizierungen üblich sei. Die Kommunikationsmaßnahmen würden reduziert und ein Stück weit von den Unternehmen selbst gemacht werden. Es habe sich um eine Anschubfinanzierung in einer krisenhaften Zeit gehandelt. Der Tourismusbranche gehe es nicht so schlecht; 2024 habe man in Berlin 30 Mio. Übernachtungen verzeichnet. Bis zum nächsten Zentrengipfel, voraussichtlich im Juni/Juli 2026, wolle man wichtige Schritte für das Pilotprojekt Zwischennutzungsbüro gemacht haben und erste Bilanz ziehen. Dieses werde jetzt vorbereitet und umgesetzt.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 105 damit erledigt sei.

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +/-0

2027: +/-0

„a) Begründung

Nr. 3

Ein Teil der Mittel soll explizit für die Weiterführung der wertvollen Arbeit des Bürger*innenbeirats verwendet werden.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung

Nr. 3

Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: Die Mittel sind für die Förderung des Bezirksprojektes (800.000 €) und einer Fortsetzung und Weiterentwicklung des Bürger*innenbeirates (120.000 €) vorgesehen. Die Schwerpunkte der Tourismusförderung - räumliche Differenzierung und die Partizipation der Stadtbevölkerung, sowie die Durchführung von Maßnahmen des stadtverträglichen Tourismus - sollen mit dieser Maßnahme fortgesetzt und weiterentwickelt werden.“

Julian Schwarze (GRÜNE) fordert die Fortsetzung und Weiterentwicklung des „Bürger*innenbeirates“. Dafür sollten die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion

2026: -800 000 Euro
2027: -1 000 000 Euro

„a) Begründung

Zu TA Nr. 5: Das Förderprogramm „Kongressfonds für Nachhaltiges Tagen“ wird umbenannt und fortan die Bezeichnung „Kongressfonds Berlin“ verwendet sowie für die Jahre 2026/2027 der Ansatz 2025 fortgeschrieben.

TA Nr. 5 Förderprogramm „Kongressfonds für Nachhaltiges Tagen“
2026: -2.800.000
2027: -3.000.000

TA Nr. 5 (neu) Förderprogramm „Kongressfonds Berlin“
2026: +2.000.000
2027: +2.000.000“

Frank-Christian Hansel (AfD) führt aus, der „Kongressfonds für Nachhaltiges Tagen“ solle als „Kongressfonds Berlin“ fortgeführt werden, wobei ein kleiner Beitrag zur Konsolidierung geleistet werde, denn Veranstaltungen wie „Der Weg zu Dir“ oder „Die Magierin - Der Archetyp als Mission“ brauche man sicherlich nicht.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben –

Bericht Nr. 108 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julian Schwarze (GRÜNE) begrüßt die 150 000 Euro für „Free Open Air“. Was werde damit 2026/27 umgesetzt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist darauf, dass die Mittel der Sen-KultGZ zur auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung stünden.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, es gehe um Veranstalter/-innen, die aufgrund der Marktsituation und der Preisentwicklung Schwierigkeiten hätten, auf die schwarze Null zu kommen. Deshalb gebe es für diese Form von Festivals in Tempelhof Unterstützung. Die Umsetzung im Einzelnen sei Aufgabe der SenKultGZ.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 108 damit erledigt sei.

Titel 68542 – Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation –

Ansatz 2026:	6 806 000 Euro
Ansatz 2027:	6 524 000 Euro

Bericht Nr. 111 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) erkundigt sich nach der erwähnten Schwerpunktsetzung des Senats. Welche seien „besonders dringliche Aufgabenfelder“ in der Entwicklungszusammenarbeit? Wo werde „der höchste Handlungsbedarf gesehen“? Voraussetzung sei „eine nachhaltige Wirkung der entwicklungspolitischen Arbeit“. Weshalb würden die bisherigen Bildungsprojekte als nicht nachhaltig anerkannt?

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe) sagt, die Schwerpunktsetzung sei, dass man nicht irgendwo erhöht, sondern woanders nicht gekürzt habe. Dann habe man geguckt, an welchen Stellen man „mit am wenigsten Schmerz“ notwendige Einschränkungen vornehmen könne, was oft damit zusammenhänge, ob in einem Titel kleinteilige Bereiche seien, ob es relativ häufig neue Projektanfänge gebe und dass man dann sagen könne, in diesem Jahr sei ein weiteres Projekt nicht möglich. Man habe versucht, „nichts Laufendes abzuwürgen“ und das Netzwerk der NGOs nicht insgesamt zu schädigen, sondern stelle an einzelnen Stellen für eine bestimmte Zeit weniger Geld zur Verfügung und konzentriere sich zum Beispiel bei Bildungsprojekten auf Bildungsprojekte mit Multiplikatoren.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 111 damit erledigt sei.

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	+300 000 Euro
2027:	+500 000 Euro

„a) Begründung

Nr. 1: Die Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik soll auf das Niveau von 2024 bzw. 2025 angehoben werden.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung

Änderung der Tabelle

Nr. 1

2026: +300.000 €

2027: +500.000 €“

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion teile die Einschätzung der SenWiEn-Be nicht und wolle die übermäßig hohen Kürzungen im Teilansatz 1 rückgängig machen. Im Haushalt gebe es genügend Spielraum für Kürzungen an anderer Stelle, wo es weniger wehtue. Berlin müsse seiner Verantwortung gegenüber dem globalen Süden gerecht werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion

2026: -4 709 000 Euro

2027: -4 452 000 Euro

„a) Begründung: Entwicklungspolitik ist primäre Aufgabe des Bundes und darf nicht durch zahllose Akteure nach dem Prinzip Gießkanne organisiert werden. Die Maßnahmen sind darüber hinaus nicht hinreichend evaluiert.

Zu TA Nr. 13: Die Koordinierungsstelle zur Dekolonisierung Berlins folgt einem gruppenbezogenen Ansatz, welche sich nicht auf Vergangenheitsbewältigung beschränkt, sondern von einer angeblichen Kolonisation bis heute ausgeht und daher politisch zur Dekolonisierung aufruft; solche ideologischen Initiativen behindern potenziell die Integration von Zuwanderern. Für derartige Maßnahmen wie die Erstellung von Gutachten zur dekolonialen Qualität des Berliner Bildungsprogramms für Kitas und Kindertagespflege sind Zuschüsse durch den Steuerzahler angesichts der angespannten Haushaltslage abzulehnen und die Mittel stattdessen an anderer Stelle einzusetzen.

TA Nr. 1 Maßnahmen zur Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik

2026: -1.700.000

2027: -1.429.000

TA Nr. 3 Zuwendung an das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ)

2026: -409.000

2027: -409.000

TA Nr. 4 Zuwendung an die Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH (BGZ)

2026: -487.000

2027: -487.000

TA Nr. 7 Zuwendung zur Finanzierung des Promotorinnen-/Promotorenprogramms in Berlin

2026: -296.000

2027: -305.000

TA Nr. 8 Zuwendung an den Berlin Global Village gGmbH

2026: -677.000
2027: -677.000

TA Nr. 13 Koordinierungsstelle Decolonize Berlin
2026: -330.000
2027: -330.000

TA Nr. 15 Klimabündnis
2026: -190.000
2027: -190.000

TA Nr. 16 Zuwendung an den Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V.
(BER)
2026: -305.000
2027: -310.000

TA Nr. 17 Berliner entwicklungspolitisches Bildungsprogramm – benbi
2026: -315.000
2027: -315.000“

Frank-Christian Hansel (AfD) äußert, seine Fraktion sei für Entwicklungszusammenarbeit, aber nicht in diesen Bereichen des linken Vorfelds. Deshalb werde hier deutlich gekürzt. Er erinnere daran, dass die CDU in der Opposition Decolonize Berlin nicht gut gefunden habe. Offensichtlich sei die CDU hier von den Sozialdemokraten in die Pflicht genommen worden.

Jörg Stroedter (SPD) merkt an, in der Regierung wüchsen die Erkenntnisse.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Ansatz **2026:** 2 720 000 Euro
Ansatz **2027:** 2 635 000 Euro

Bericht Nr. 116 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julian Schwarze (GRÜNE) begrüßt, dass der Titel so beibehalten werde; dies sei ein sehr wichtiges Instrument. Es gehe um den Teilansatz der Clubs.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 116 damit erledigt sei.

Lfd. Nr. 100 c der Synopse

Damiano Valgolio (LINKE) erinnert daran, dass eine Information zur zweiten Lesung habe nachgereicht werden sollen, wo die vom Teilansatz 8 verschobenen Mittel im Einzelplan 11 zu finden seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) schildert, es habe eine auftragsweise Bewirtschaftung 2023/24 im Einzelplan 11 und ein Projekt „Erfolgsfaktor Führungskultur – Gleichstellung und Führungsteams stärken“ gegeben, das 2025 zur Abbildung der PMA im Einzelplan 13 nicht mehr fortgesetzt worden sei. SenWiEnBe habe nachgeforscht und festgestellt, dass das Projekt im Einzelplan 11 nicht abgesichert sei, obwohl es hierzu eine andere Verständigung gegeben habe. Beide Häuser arbeiteten an einer Lösung.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass Herr Abg. Valgolio hierzu noch eine Nachricht bekommen werde.

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +50 000 Euro

2027: +50 000 Euro

„a) Begründung

Nr. 6

Stärkung der sozialen Ökonomie

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung

Änderung der Tabelle

Nr. 6

2026: +50.000 €

2027: +50.000 €“

Christoph Wapler (GRÜNE) erklärt, die Stärkung der sozialen Ökonomie sei durchaus ein Anliegen des Senats, die Mittel reichten aber nicht aus, sodass seine Fraktion eine Erhöhung um 50 000 Euro beantrage, damit der Titel annähernd auskömmlich sei.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion

Ansatz **2026:** -253 000 Euro

Ansatz **2027:** -253 000 Euro

„a) Begründung: Die Flankierung der migrantischen Ökonomie (TA Nr. 5) bzw. die Förderung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft zielt ab auf eine Förderung nach den Kriterien der ethnischen Herkunft. Dieser Politikansatz ist nicht am Gemeinwohl und der Wirtschaft orientiert, sondern gruppenbezogen. Die Förderungen im Rahmen der Wirtschaftspolitik sollen zukünftig unabhängig von der ethnischen Herkunft ausgerichtet werden.

Die Sichtbarmachung des wirtschaftlichen Engagements von Personen mit Migrationshintergrund ist nicht über einen eigenen Titel darzustellen; vielmehr müssen erfolgreiche Gründer insgesamt stärker sichtbar gemacht werden.

Darüber hinaus zielt die Maßnahme auch auf Personen mit Fluchthintergrund ab, darunter Geflüchtete und Neuankommende aus Drittstaaten mit temporärem Aufent-

haltsstatus. Häufig fehlt es an ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache, der Fähigkeit zu selbständigen Behördengängen oder einer tragfähigen Geschäftsidee. Daher ergibt sich ein besonderer Beratungs- und Förderbedarf. Diese spezielle Förderung und Beratung in eine Existenzgründung geht allerdings vielfach an den Erfordernissen für Geflüchtete oder Personen mit Migrationshintergrund vorbei, denn sie behindert potentiell eine gelingende Integration über eine Integration in den Arbeitsmarkt, welche einer erfolgreichen Gründung vielfach vorgelagert ist.

TA Nr. 5. Flankierung der migrantischen Ökonomie

2026: -207.000

2027: -207.000

TA Nr. 6 Zuwendungen zur Stärkung der sozialen Ökonomie

2026: -350.000

2027: -350.000“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 68638 – Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit –

Ansatz **2026:** 385 000 Euro

Ansatz **2027:** 300 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion

2026: -100 000 Euro

2027: -100 000 Euro

„a) Begründung

Zu TA Nr. 1: Die Förderung von Personen mit Umsiedelungsinteresse im Ausland unter Berücksichtigung von LGBTQI-Aspekten ist in dieser Form nicht erforderlich.

TA Nr. 1, „Unterstützung von Personen in Ländern, in denen berufliche Kreativität und unternehmerische Entfaltung durch politische Rahmenbedingungen erschwert werden“, entfällt.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Ansatz **2026:** 3 060 000 Euro
Ansatz **2027:** 2 730 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +3 000 000 Euro
2027: +3 000 000 Euro

„a) Begründung: Erwartete Mehreinnahmen aufgrund der Ausschöpfungsquote der letzten Jahre“

Christoph Wapler (GRÜNE) verweist darauf, dass Mehreinnahmen aufgrund der Ausschöpfungsquote der letzten Jahre zu erwarten seien.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz **2026:** 38 518 000 Euro
Ansatz **2027:** 31 043 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: -3 405 000 Euro
2027: -2 890 000 Euro

„a) Begründung
Nr. 10

Durchführungskosten für das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“ sollen zukünftig ebenfalls aus dem SIWA-Haushalt finanziert werden.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung
Änderung der Tabelle
Nr. 10
2026: -3.405.000 €
2027: -2.890.000 €“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 67125 – Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin –

Bericht Nr. 139 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christoph Wapler (GRÜNE) spricht an, dass die Studie, die die Berlin Tourismus & Kongress GmbH in Auftrag gegeben habe, offenbar geplante Kongresskapazitäten in Berlin nicht berücksichtigt habe. Welche Konsequenzen ziehe der Senat daraus?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf den Masterplan. Der Senat habe sich verpflichtet, in die Umsetzung zu gehen und ein modernes Messegeschäft auf dem Messegelände durch Instandhaltung der Hallen und Investitionen in die technische Funktionsfähigkeit zu ermöglichen und internationale Veranstaltungen zu akquirieren. Parallel laufe das ICC-Konzeptverfahren, damit das ICC wieder eröffnet und ergänzend zum Messegelände bespielt werden könne. Die Hallen 9, 14, 15, 18-20 seien sanierungsbedürftig. Bei der Halle 9 stelle sich die Frage nach Sanierung oder Abriss und Neubau mit moderner Technik zwischen der InnoTrans 2026 und 2028. Die Hallensanierung werde aus dem Masterplan finanziert, der Neubau der Halle 9 nicht. Es sei vorgesehen, diesen über Kreditaufnahmen zu realisieren. Die Masterplanprojekte im Haushalt 2026/27 seien in der Anlage zum Bericht aufgeführt.

Jörg Stroedter (SPD) erklärt, seine Fraktion nehme zur Kenntnis, dass der Aufsichtsrat die Sanierung der Halle 9 in Form eines Neubaus beschlossen habe.

Christoph Wapler (GRÜNE) fragt, ob der Senat die Auffassung von Herrn Kieker teile, dass genügend Bedarf für das Estrel und eine Halle 9 existiere.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, lt. Kongressstudie gebe es Bedarf für zwei mittelgroße Veranstaltungslocations. Das Estrel habe seine Planung mit SenWiEnBe abgestimmt. Bei der neuen Eventlocation handele sich um eine Riesenchance für Neukölln und einen Gewinn für die Stadt.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 139 damit erledigt sei.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Ansatz 2026:	2 400 000 Euro
Ansatz 2027:	2 550 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	+/-0
2027:	+/-0

„a) Begründung
Nr. 3

Billigkeitsleistungen gelten als Ermessensleistungen und es ist nicht geklärt, ob Bewilligungskriterien und Fördervolumina zu festen Antragsrunden bestehen bleiben können.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung

Nr. 3

Die Bezeichnung des Teilansatzes wird wie folgt gefasst: Meister- und Meisterinnen-BONUS

Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: Die Ausgaben für das Programm "Meister- und MeisterinnenBONUS" waren bis 2025 beim Titel 68569 veranschlagt. Die gewährte Förderung hat das Ziel, den finanziellen Nachteil im Bereich der entstehenden Kosten für die Meisterausbildung im Vergleich zu den akademischen Ausbildungen, die an staatlichen Einrichtungen zumeist kostenfrei sind, auszugleichen. Das Programm ist erst am 29.11.2024 angelaufen (Ist 2024: 899.000 € beim Titel 68569)“

Tuba Bozkurt (GRÜNE) äußert, der Meister- und MeisterinnenBONUS solle jetzt eine Billigkeitsleistung sein, was angeblich keine Auswirkungen auf die Antragsstellenden habe, obwohl Billigkeitsleistungen als Ermessensleistungen gölten. Ob Bewilligungskriterien und Fördervolumina zu festen Antragsrunden bestehen blieben, sei nicht geklärt. Daher fordere ihre Fraktion die Rücknahme der Ausführung als Billigkeitsleistung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 68368 – Zuschüsse zur Steigerung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen –

Ansatz **2026:** 3 600 000 Euro

Ansatz **2027:** 4 200 000 Euro

Bericht Nr. 143 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +1 550 000 Euro

2027: +950 000 Euro

„a) Begründung

Nr. 2

Mehrbedarf

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung

Nr. 2

2026: +1.550.000 €

2027: +950.000 €“

Tuba Bozkurt (GRÜNE) fragt, warum das Start-up-Stipendium gekürzt werde und eine Aufschlüsselung des Budgets nach Haushaltsjahren nicht sinnvoll darstellbar sei. Das Start-up-Stipendium sei eines der gefragtesten Förderprogramme im Bereich Start-ups. Der Änderungsantrag wolle zum ursprünglichen Ansatz zurückkehren und fuße auf dem sich abzeich-

nenden Bedarf. Der Senat solle die volle Höhe der potenziell abzuschöpfenden ESF-Mittel durch landesseitige Kofinanzierung sicherstellen.

Dr. Michael Knieß (SenWiEnBe) macht geltend, dass ESF-Mittel für die Förderperiode zur Verfügung stünden; es gebe nicht diese Jahrestanchen wie bei anderen Förderprogrammen. Es gebe auch keine Kürzung beim ESF-Programm, sondern sogar einen Aufwuchs an Mitteln. Man habe aus dem Chancenfonds Mittel für einen Sonderaufruf dazubekommen und sei momentan bei ESF-Mitteln begrenzt. Die Mittel würden vollständig ausgeschöpft.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) bittet um Aufklärung, warum der Ansatz dann niedriger sei.

Dr. Michael Knieß (SenWiEnBe) unterstreicht, dass man Mittel aus dem Chancenfonds und ESF-Mittel aus anderen Programmteilen bekommen habe. Es würden so viele Landesmittel wie ESF-Mittel eingesetzt. Beschränkt seien die ESF-Mittel.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) erklärt, dass die Antwort nicht zufriedenstellend sei, weil hier eine Kürzung im Haushalt für 2026/27 vorliege.

Dr. Michael Knieß (SenWiEnBe) wiederholt, dass ESF-Mittel für die Förderperiode zur Verfügung stünden. Die Mittel würden dann nach Calls und nicht nach Jahresscheiben verteilt. Der Vergleich einzelner Jahre helfe in der Sache nicht weiter. Die ESF-Mittel seien insgesamt nicht weniger geworden.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 143 damit erledigt sei.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 83107 – Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH –

Ansatz 2026:	1 000 Euro
Ansatz 2027:	1 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	+2 000 000 Euro
2027:	+1 400 000 Euro

„a) Begründung: Kapitalzuführung zum Erwerb und der Entwicklung neuer Gewerbeflächen“

Christoph Wapler (GRÜNE) fordert eine Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH zum Erwerb und zur Entwicklung neuer Gewerbeflächen, um das Gewerbe vor Verdrängung zu schützen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 89360 – Energetische Modernisierung von Wohngebäuden (Effiziente GebäudePLUS) –

Bericht Nr. 155 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) führt an, 2024 hätten für Effiziente GebäudePLUS 40 Mio. Euro zur Verfügung gestanden, die schnell weg gewesen seien. Im SIWA stünden nunmehr 26 659 035,81 Euro bereit. Gelte dies pro Jahr oder für beide Jahre? Wie komme dieser krumme Betrag zustande? Inwieweit gebe es parlamentarische Kontrolle?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, 26 659 035,81 Euro seien die noch verfügbare Summe. Die Mittel seien nicht aufs Haushaltsjahr bezogen, sondern übertragbar für die Umsetzungsdauer.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stellt die Nachfrage, ob dieser Betrag ausschließlich für Effiziente GebäudePLUS zur Verfügung stehe. Bestehe mit Blick auf den Mittelabfluss 2024 die Gefahr, dass der SIWA-Topf im zweiten Haushaltsjahr 2027 bereits leer sein werde?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bejaht die erste Frage.

Dr. Michael Knieß (SenWiEnBe) ergänzt, dass die Mittel nicht ausreichen, um alle Antragstellungen bedienen zu können. Die Unternehmen würden über diese Situation informiert. Die jetzt verfügbaren Mittel reichten für etwa zwei, drei Jahre aus.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 155 damit erledigt sei.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Energie, Digitalisierung und Innovation –

Titel neu: Energieforschung

Ansatz 2026: -
Ansatz 2027: -

Änderungsantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion

2026: +2 000 000 Euro
2027: +10 000 000 Euro

„a) Begründung: Die Mittel dienen der Einrichtung eines Berliner Zentrums für Angewandte Energieforschung mit dem Ziel, Energieforschung zu fördern sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung, Beratung, Information und Dokumentation auf allen Gebieten zu betreiben, die für die Energietechnik und die sich mit ihr befassenden Wissenschaften bedeutsam sind. Neben Nanomaterialien, Thermophysik, Energiespeichern und energieeffizienten Prozessen soll das Zentrum einen Schwerpunkt auf die Kernenergie erhalten. Im Mittelpunkt steht dabei die Energieforschung für den Bereich

der Reaktoren der IV. Generation. Im Bereich der Kernfusion ist eine Kooperation mit dem südfranzösischen Kernforschungszentrum ITER denkbar. Darüber hinaus ist eine Kooperation mit den Berliner Universitäten und dem Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie anzustreben. Neben einer Einbindung von BESSY II und BESSY III soll der Forschungsstandort Berlin im Bereich der Kernforschung von dem Neubau eines Forschungsreaktors BER III profitieren. Das Zentrum orientiert sich konzeptionell an dem Vorbild des ZAE Bayern als außeruniversitärem Institut, jedoch mit anderer Schwerpunktsetzung.

c) Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. und 2. Planjahr sind gesperrt.“

Frank-Christian Hansel (AfD) weist darauf hin, dass die neue Bundesregierung mit einem Aktionsplan zur Kernfusion ein Fusionsökonomiesystem aus Forschung, Industrie und Start-ups aufbauen wolle. Berlin sollte dabei nicht zurückstehen. Der Änderungsantrag solle den Start eines solchen Projekts ermöglichen. Dies sei ein konstruktiver Beitrag für die künftige Entwicklung der Stadt und die Wende in der Energiewende.

Jörg Stroedter (SPD) erklärt, seine Fraktion wolle keinen Rückschritt zur Kernenergie.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Ansatz 2026:	100 000 Euro
Ansatz 2027:	100 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	+2 000 000 Euro
2027:	+2 000 000 Euro

„a) Begründung: Erwartete Mehreinnahmen aufgrund der Ausschöpfungsquote der letzten Jahre“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 52610 – Gutachten –

Ansatz 2026:	-
Ansatz 2027:	-

Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion

2026:	+100 000 Euro
2027:	+100 000 Euro

„a) Begründung: Die Mittel dienen einer Machbarkeitsstudie zur Realisierung eines neuen Forschungsreaktors in Berlin.

Im Rahmen eines neu zu gründenden Clusters „Revitalisierung der Kernenergie in Deutschland“ dient die Studie der Ermittlung von Chancen und Potenzialen einer Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandorts Berlin im Bereich der Kernforschung sowie der Standortplanung für einen neuen Forschungsreaktor BER III.“

Frank-Christian Hansel (AfD) plädiert für ein Gutachten im Rahmen eines neu zu gründenden Clusters „Revitalisierung der Kernenergie in Deutschland“.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Ansatz **2026:** 30 000 Euro
Ansatz **2027:** 30 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 13 der AfD-Fraktion

2026: +30 000 Euro
2027: +30 000 Euro

„a) Begründung: Mehr für Aufklärungs- und Informationsarbeit für die energiepolitische Wende im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Die Klimaschutzdebatte wird einseitig geführt und hat sich vielfach von den Fakten entfremdet. Eine ideologische Energiepolitik wirkt sich auf die Wirtschaftsentwicklung und Wohlstandssicherung, auf die Energiesicherheit und Bezahlbarkeit von Energie aus. Aus dem Ansatz sind daher auch Bildungs- und Informationsmaßnahmen zu finanzieren, die sich der Energiepolitik technologieoffen nähern, um insbesondere Forschungsergebnisse und Argumente zu den positiven Aspekten der Kernenergie sowie deren Auswirkung auf die CO₂-Bilanz und die Erreichung von Klimazielen zu vermitteln.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz **2026:** 18 432 000 Euro
Ansatz **2027:** 18 088 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke (zusammengefasster ÄÄ der Fraktion Die Linke, lfd. Nr. 1 Ergänzungen)

2026: +440 000 Euro
2027: +440 000 Euro

„a) Begründung

zu Änderungsantrag 1: Die Förderung und Vermarktung des Industriestandortes (insbesondere Zukunftsthemen der Industrie, Industrie 4.0 und Masterplan Industrie ist weiterhin von hoher Bedeutung und sollte tatsächlich im ursprünglich geplanten Um-

fang von 500.000 fortgeführt und umgesetzt werden, anstatt hier bei der Neuausweisung im Titel Dienstleistungen mit einem Aufwuchs von nur 60.000€ effektiv runtergekürzt zu werden.

Zu Änderungsantrag 2: In 2026 wird die Wärmeplanung für Berlin veröffentlicht. Insbesondere in Prüfgebieten ist eine Unterstützung für kollektive Nahwärmelösungen erforderlich. Daher sollen Nutzer-Genossenschaften, die sich idealerweise um einen öffentlichen Ankerkunden bilden, bei der Erstellung von Konzepten unterstützt werden

b) ÄA 1:

Titelerläuterung Nr. 2 Maßnahme Masterplan Industrie: **1.000.000** für 2026 und 2027.

ÄA 2:

Neuer Teilansatz: „Unterstützung der Erstellung von Wärmeversorgungskonzepten für Energiegenossenschaften in Prüfgebieten der Wärmeplanung.“

2026: 100.000

2027: 150.000

TA 4:

2026: - 50.000 (neu 150.000)

2027: - 50.000 (neu: 150.000)

TA 5:

2026: - 50.000 (neu: 321.000)

2027: - 100.000 (neu 321.000)“

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) befürwortet den Änderungsantrag, insbesondere die Förderung von Nahwärmegenossenschaften, die auch von SenMVKU für wichtig gehalten würden. Sie könnten einen erheblichen Beitrag zur Wärmewende leisten, würden aber zu wenig gefördert.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Ansatz **2026:** 9 000 000 Euro

Ansatz **2027:** 12 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +2 000 000 Euro

2027: +2 000 000 Euro

„a) Begründung

Nr.1: Mehrbedarf, um das Niveau von 2025 zu halten.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung
Änderung der Tabelle
Nr. 1
2026: +2.000.000 €
2027: +2.000.000 €“

Christoph Wapler (GRÜNE) teilt mit, die Ansatzerhöhung diene dazu, das Niveau von 2025 in Bezug auf WELMO, Ladeinfrastruktur und Inklusionstaxis zu halten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben –

Ansatz **2026:** 3 666 000 Euro
Ansatz **2027:** 2 866 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: -1 000 000 Euro
2027: -300 000 Euro

„a) Begründung
Nr. 6
Gegenfinanzierung
b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung
Änderung der Tabelle
Nr. 6
2026: -1.000.000 €
2027: -300.000 €“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke (lfd. Nr. 2 Ergänzungen)

2026: -1 000 000 Euro
2027: -500 000 Euro

„a) Begründung
Gegenfinanzierung

b) Titelerläuterung ändern:
TA 6 „Internationale Luft- und Raumfahrt ausstellung“
2026 -1.000.000 (neu: 1.000.000)
2027: -500.000 (neu: 800.000)“

Frank-Christian Hansel (AfD) begrüßt, dass es die ILA weiterhin gebe. Seine Fraktion lehne eine Mittelstreichung ab. AfD und SPD hätten sich für die ILA eingesetzt. Die Grünen lehnten sie als militärisches Projekt ab.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Ansatz **2026:** 1 600 000 Euro
Ansatz **2027:** 1 510 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +250 000 Euro
2027: +250 000 Euro

„a) Begründung

Nr. 1

Mehr, aufgrund des gesteigerten Informationsbedarf im Zuge der Wärmeplanung

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung

Änderung der Tabelle

Nr. 1

2026: +250.000 €

2027: +250.000 €“

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) plädiert dafür, SolarZentrum und BAUinfo zu stärken. Angesichts des gewünschten Solarausbaus sei es wichtig, unabhängige Beratungsinstanzen für die Berliner/-innen weiterhin zu fördern.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke

2026: +400 000 Euro
2027: +500 000 Euro

„a) Begründung

Nach der relativ erfolgreichen Verausgabung im Jahr 2024 wurde im Jahr 2025 in diesem Titel durch Verfügungsbeschränkungen ein großer Teil gesperrt. Die Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplans Industriestadt Berlin sollte weiterhin eine hohe Priorität haben und sich entsprechend im Haushalt niederschlagen.

b) Titelerläuterung ändern:

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplans Industriestadt Berlin –
Zuwendungen:

2026 „700.000“

2027 „700.000“

zu Nr. 2: „Gleichbleibender Ansatz aufgrund Prioritätensetzung.““

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion

2026: -1 000 000 Euro

2027: -1 010 000 Euro

„a) Begründung

Das Solarzentrum Berlin entfällt zugunsten eines Zentrums für die energiepolitische Wende (siehe Lfd. Nr. 15).

TA Nr. 1 Solarzentrum Berlin

2026: -1.000.000

2027: -1.010.000“

Frank-Christian Hansel (AfD) fordert, die Mittel für das SolarZentrum zugunsten eines neuen energiepolitischen Zentrums zu streichen. Dies betreffe die lfd. Nr. 14, nicht 15.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag – auch mit dieser Änderung – ab.

Titel 69806 – Innovationsförderung –

Ansatz **2026:** 37 000 000 Euro

Ansatz **2027:** 37 826 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +3 400 000 Euro

2027: +3 700 000 Euro

„a) Begründung

Nr. 12

Prioritätensetzung

Nr. 14

Prioritätensetzung

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung

Änderung der Tabelle

Nr. 12

2026: +2.000.000 €

2027: +2.000.000 €

Nr. 14

2026: +1.400.000

2027: +1.700.000“

Tuba Bozkurt (GRÜNE) fordert, das Förderprogramm ProNTI weiterzuführen, denn bei ProFIT gebe es keinen Aufwuchs, sodass Geförderte nicht dorthin wechseln könnten. Unverständlich sei, warum AMBER weggekürzt werde, denn additive Fertigung sei für Dekarbonisierung und Resilienzfragen der Industrie und KMU wichtig. Bei Berlin Partner solle eine Zentrale dafür angesiedelt werden. Ihre Fraktion beantrage einen Aufwuchs für AMBER.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 89330 – Zuschüsse für Investitionen zur Unterstützung des Solarausbaus –

Ansatz **2026:** 10 000 000 Euro
Ansatz **2027:** 10 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +/-0
2027: +/-0

„a) Begründung

Balkonsolaranlagen sollen weiterhin gefördert werden.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterung

Die Erläuterung wird um folgenden Satz ergänzt: Aus dem Förderprogramm SolarPLUS werden weiterhin Balkonsolaranlagen gefördert.“

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) spricht sich dafür aus, Balkonsolaranlagen weiterhin zu fördern, weil sie ein wesentlicher Faktor seien, Menschen für die Energiewende zu begeistern. Er verweise auch auf den jüngsten Stromausfall. Eine Balkonsolaranlage könne dann helfen, den Kühlschrank zu betreiben oder das Handy aufzuladen. Über die genaue Ausgestaltung einer solchen Förderung könne man diskutieren.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 89430 – Investive Zuschüsse für die Installation von Solarenergieanlagen –

Ansatz **2026:** 3 000 000 Euro
Ansatz **2027:** 3 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linke (lfd. Nr. 3 Ergänzungen)

2026: +1 000 000 Euro
2027: +500 000 Euro

„a) Begründung

Mehr für die Umsetzung der Solarziele auf öffentlichen Gebäuden entsprechend Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz“

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) signalisiert Zustimmung zum Änderungsantrag. Beim Ausbau der Solarenergie auf öffentlichen Gebäuden bestehe noch erheblicher Nachholbedarf. Deswegen sei der Aufwuchs an Mitteln sinnvoll.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

**Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –
Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie und Betriebe –**

Kein Änderungsantrag.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte der Sammelvorlage – Vorgangsnummer 0260-1 – zur Kenntnis und beschließt, dem Hauptausschuss die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2627 betr. Einzelplan 13 und Einzelplan 27 Kapitel 2713 zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.